

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Borys Lewytskyj

Vier Monate nach
Chruschtschows Fall

Günther Bartsch

Zur kommunistischen Konzeption
des „neuen Menschen“

B o r y s L e w y t z k y j , geb. 1915 in Wien. Magister der Philosophie der Universität Lemberg; wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung; Autor verschiedener Einzelartikel in Fachzeitschriften, ferner der Bücher: Vom Roten Terror zur Sozialistischen Gesetzlichkeit, München 1961; Sowjetukraine 1944—1963, Köln 1964.

G ü n t h e r B a r t s c h , freier Journalist, geb. 13. Februar 1927 in Neumarkt/Schlesien, von 1948 bis 1953 in leitenden Positionen der kommunistischen Jugendbewegung, Bruch mit dem Kommunismus nach dem 17. Juni 1953.

Herausgeber:
Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänse-
markt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustel-
lung

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-
lage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Ver-
packungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-
nungsäußerung der herausgebenden Stelle
dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung
und Urteilsbildung.

Die Sowjetunion vier Monate nach Chruschtschows Fall

Schon bald nach Chruschtschows Sturz im Oktober vorigen Jahres kam allgemein das Schlagwort vom „Chruschtschowismus ohne Chruschtschow“ auf, und die Überzeugung, daß vor allem die von ihm vertretene Außenpolitik, aber auch alle anderen von ihm eingeleiteten Maßnahmen von der Sowjetunion weiter verfolgt würden, wurde besonders genährt von den Warnrufern aus dem prochinesischen Lager. Gleich in den ersten Tagen nach Chruschtschows Sturz wurden die neuen Führer in Moskau von dieser Seite her beschworen, den alten Kurs nicht fortzusetzen. Die chinesische Zeitschrift *Hongqui*, Nr. 21/22, 1964, schrieb, daß „die amerikanischen Imperialisten, die Reaktionäre aller Länder und die modernen Revisionisten ganz offen die Hoffnung aussprechen, daß ein sogenannter Chruschtschowismus ohne Chruschtschow möglich wäre. Daraus wird nichts, das kann man kategorisch voraussagen“.

Wenige Monate sind seither vergangen. Doch trotz dieser kurzen Zeitspanne bestätigt die Entwicklung in der Sowjetunion eindeutig, daß wir es bei der Formel „Chruschtschowismus ohne Chruschtschow“ wirklich nur mit einem kurzlebigen Schlagwort zu tun hatten und daß in Wirklichkeit ein neuer historischer Zyklus in der Geschichte dieses Systems und der sowjetischen Gesellschaft seinen Anfang genommen hat. Was jetzt geschieht, kann man schwerlich als Fortsetzung des Chruschtschowismus bezeichnen, weil das markanteste Merkmal der neuen Politik gerade die *Demontage des Chruschtschowschen Erbes* ist und verschiedene wichtige Maßnahmen, die Lieblingskinder seines rastlosen Geistes waren, einfach aufgehoben worden sind. Schon wenige Wochen nach Chruschtschows Abtretung wurde die Parteireform vom November 1962 annulliert. Dieser schwerwiegende Eingriff war mit einer Reform der administrativen Gliederung der Sowjetunion auf Rayonsebene verbunden. Die neuen Führer scheinen auch weit davon entfernt, die Chruschtschowsche Landwirtschaftspolitik fortzusetzen; die neugefaßten Beschlüsse werden auch auf diesem Gebiet tiefgreifende Änderungen hervorrufen. Augenblicklich steht die Chruschtschowsche Schulreform im Kreuzfeuer der Kritik. Das alles kennzeichnet die „Demontage des Chruschtschowschen Erbes“. Sie erfaßt noch eine Reihe weiterer jetzt umstrittener Fragen, die *alle* Chruschtschowsche Reformen betreffen.

Aber nicht genug damit. So kurz die seit Chruschtschows Fall abgelaufene Zeit auch sein mag, schon tauchen auf den verschiedensten Gebieten des sowjetischen Lebens neue Fragen auf, die sich entweder bisher nicht stellten oder von den Chruschtschowisten künstlich in den Hintergrund gedrängt wurden. Nachstehend wollen wir versuchen, einen Überblick über diese jüngste Entwicklung zu geben. Aus verständlichen Gründen können hier jedoch nur die Kernfragen behandelt werden, wobei wir uns auf die innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion beschränken wollen. Einzige Ausnahme wird die Frage der Beziehungen zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten bilden, die im Endkapitel dieser Arbeit besprochen wird.

Parteireform und administrative Neugliederung

Das Novemberplenium des ZK der KPdSU von 1964 faßte einen Beschluß „Über die Vereinigung der industriellen und landwirtschaftlichen Gebiets- bzw. Landesparteiorganisationen“¹⁾. Die neuen Führer beschlossen zum territorialen Organisationsprinzip der Partei zurückzukehren, wie es vor dem Novemberbeschluß von 1962 bestand. Durch die damaligen Chruschtschowschen Reformen wurden die Rayonspartei Komitees (Bezirkspartei Komitees) aufgelöst, statt dessen entstanden die Partei Komitees der Produktionsverwaltungen für Kolchosen bzw. Sowchosen und andere Leitungsorgane. Da die Auflösung der Rayonspartei Komitees mit einer Zusammenlegung der Rayons in großem Ausmaß verbunden war, bedeutete das, daß sich die jetzige Annullierung der Chruschtschowschen Reform automatisch auf die administrative Gliederung der Sowjetunion auswirken müßte. Diese ganze Umstellung ist erst im Januar dieses Jahres zu einem gewissen Abschluß gekommen. Es handelt sich dabei nicht um Vorgänge an der Oberfläche — im Gegenteil, die getroffenen Maßnahmen werden tief in das Gefüge des Staates eingreifen.

In der sowjetischen Presse erschienen mehrere Berichte, in denen die Gründe für die Annullierung der Chruschtschowschen Reform dargelegt wurden. Die negativen Folgen dieser Reform lassen sich wie folgt zusammenfassen:

¹⁾ Prawda, 17. 11. 1964.

Die Chruschtschowsche Parteireform schwächte die Rayonsparteiorganisation empfindlich. Während früher die Rayonspartei Komitees eine sehr wichtige Stütze der Partei und des Staates waren, verloren die Parteiorganisationen jetzt in den zerstückelten Rayons ihre Kampfkraft.

Eines der Ziele der Chruschtschowschen Reform von 1962 war die Vereinfachung des Parteiapparates und seine Entbürokratisierung. In Wirklichkeit war es jedoch umgekehrt. Der Parteiapparat in den Gebieten wurde noch mehr aufgebläht. Die bürokratischen Auswüchse nahmen überhand, die Unterhaltskosten für den Apparat nahmen ständig zu.

Das eingeführte Produktionsprinzip ließ die Zustände in der Wirtschaft noch chaotischer werden, weil es den Parallelismus verstärkte. Die Parteiapparate begannen sich mit den gleichen Problemen zu beschäftigen wie die Wirtschaftsapparate. Die Chruschtschowsche Reform verstärkte den schon vorhandenen Drang der Parteibürokratie, die Tätigkeit der Wirtschaftsapparate und der Verwaltung zu ersetzen.

Damit ist die Liste der negativen Ergebnisse der Chruschtschowschen Parteireform jedoch noch nicht erschöpft. Auch die Ausbildung der Kader wurde durch diese Reform ungünstig beeinflusst. Das Hin und Her bei der Um- und Neubesetzung der Parteistellen beschleunigte die sowieso schon vorhandene Fluktuation der Kader, und gar manchen führenden Funktionär verließ nachgerade der Mut, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen, worunter natürlich die ganze Parteiarbeit zu leiden hatte. Die Parteireform schwächte auch die Bindungen zwischen den Industriezentren und der Landwirtschaft. Das hatte nicht nur fatale Folgen wirtschaftlicher Natur, sondern wirkte sich auch auf die kulturelle Entwicklung nachteilig aus ²⁾.

Nach Beschluß des Novemberplenums des ZK der KPdSU von 1964 sollte die Vereinigung der geteilten Gebietspartei Komitees und die Wiederherstellung der Rayonspartei Komitees bis Ende 1964 abgeschlossen werden. Wie kompliziert es war, die ineinander verschachtelten Parteiorganisationen wieder voneinander zu lösen und neu zusammzusetzen, davon zeichnet eine kürzlich erschienene Dokumentation ein anschauliches Bild.

Aus allen möglichen uns vorliegenden Dokumenten geht hervor, daß vor allem die Wirtschaftsmanager und ein Teil der gehobe-

nen Parteifunktionäre von den bisherigen Industrieparteiorganisationen mit der Chruschtschowschen Reform unzufrieden waren und daher mit der teilweisen Wiederherstellung des früheren Zustandes ganz einverstanden sind. *Anders verhält es sich offenbar mit den Parteifunktionären aus den landwirtschaftlichen Organisationen*, die mit der neuerlichen Umkämpfung gar nicht zufrieden sind. Im Dezember fanden in allen Unionsrepubliken Gebietspartei Konferenzen statt, die sich mit der Vereinigung der geteilten Gebietspartei Komitees beschäftigten. Erstaunlich war dabei, daß aus den Berichten über diese Veranstaltungen hervorgeht, daß die bisherigen Landwirtschaftsparteifunktionäre die Chruschtschowsche Parteireform überhaupt nicht oder nur sehr wenig kritisierten. Überraschend sind auch einige Berichte, in denen bisher für die Landwirtschaft verantwortliche Gebietsfunktionäre über verschiedene nach der Reform von 1962 erzielte Erfolge berichteten. Das war besonders für die Sowjetukraine typisch. Auf den dort stattfindenden Gebietspartei Konferenzen hoben die Landwirtschaftsparteifunktionäre rühmend hervor, wie weit die Rückstände einiger Kolchosen doch inzwischen aufgeholt worden seien, mit welchem Nutzeffekt die Landwirtschaft inzwischen arbeite usw. ³⁾. Einige gehobene Funktionäre aus den Landwirtschaftsparteiorganisationen versuchten auch in Zeitschriftenartikeln die Chruschtschowsche Reform öffentlich zu verteidigen, indem sie nachwiesen, wie erfolgreich sie die Intensivierung und Spezialisierung der Landwirtschaft vorangetrieben hat ⁴⁾.

Die Aufhebung der Chruschtschowschen Parteireform von 1962 hat offenbar bei den in den landwirtschaftlichen Organisationen eingesetzten Funktionären eine Welle des Mißtrauens ausgelöst. Sie sehen in diesem Beschluß sehr wahrscheinlich eine gegen sie gerichtete Maßnahme. Das zwang den Parteiapparat, bei der Zusammenlegung der Gebietsparteiorganisationen (und auch der Landesparteiorganisationen) die Empfindlichkeit der Landwirtschaftsparteifunktionäre zu schonen und sie äußerst rücksichtsvoll zu behandeln. Wie rücksichtsvoll, dafür gibt es einige ganz interessante Hinweise. Im Dezember waren z. B. die Wahlen der neuen Gebietspartei Komitees abgeschlossen. Während in der RSFSR nur Angaben über die Ersten Gebietspartei sekretäre gemacht wurden, wurden in den anderen fünf Republiken mit Gebietsgliederung alle neugewählten Gebietspartei sekretäre genannt.

²⁾ Aufschluß darüber gab der Leitartikel im theoretischen Parteiorgan *Kommunist*, Nr. 16, November 1964.

³⁾ *Radjanska Ukraina*, 8. u. 16. 12. 1964.

⁴⁾ Siehe z. B. den Artikel L. Wandenkos in *Ekonomika Selskogo Chosajstwa*, Nr. 11, 1964

Gestützt auf unser eigenes Archiv ist es möglich, die Frage genau zu beantworten, wieviele der neugewählten Sekretäre aus den bisherigen industriellen bzw. landwirtschaftlichen Gebietsparteiorganisationen stammen. Die nachstehende Tabelle zeigt diese Aufgliederung.

Gebietssekretäre

Gesamtzahl d. Gebiets- partei-sekr.	Industrie		Landwirt- schaft		andere
	Zahl	%	Zahl	%	
RSFSR *)	37	9 24,3%	27	72,9%	1
Ukraine	110	55 50,0%	48	43,6%	7
Belorußland	31	11 35,4%	18	57,9%	2
Usbekistan **)	12	3 24,9%	7	58,3%	2
Kasachstan	75	11 14,6%	34	45,2%	30
Kirgisien	5	2 40,0%	3	60,0%	—
	270	91 33,6%	137	50,6%	42 15,5%

*) nur 1. Gebietssekretäre

***) Gebietskomitee der KPU Taschkent wurde noch nicht gewählt

Ganz offensichtlich wurden also mit Ausnahme der Ukraine die Funktionäre aus den Landwirtschaftsgebietspartei-Komitees bei der Ernennung der neuen Gebietspartei-Sekretäre deutlich bevorzugt. Sie konnten auf diese Weise ihre durch die Chruschtschowsche Reform privilegierten Positionen behalten. Ein Sonderfall liegt in Kasachstan vor. Hier wurde nicht nur ein beträchtlicher Teil von bisherigen gehobenen Landwirtschaftsfunktionären in die neuen Gebietspartei-Komitees gewählt, sondern auch eine auffallend große Zahl neuer Parteifunktionäre. Es ist daher auszurechnen, daß die Zusammenlegung der Gebietsparteiorganisationen in Kasachstan entweder mit einer Erneuerung der Kader oder einfach mit einer Säuberung gekoppelt war.

Um die Tragweite der Umstellungen in der Partei besser zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, was alles auf Rayonsebene verändert worden ist. Schon in den ersten Verlautbarungen nach dem Novemberplenium der KPdSU 1964 erklärte die neue Führung, daß die Wiederherstellung der Rayonsparteiorganisationen äußerst vorsichtig vorgenommen werden müsse. Die Erfahrung hatte nämlich gezeigt, daß sich in vielen Fällen die von Chruschtschow vorgenommene Zusammenlegung der Rayons positiv ausgewirkt hatte. Keinesfalls sollte daher die Aufhebung der Parteireform zur Wiederherstellung der Zahl der Rayons von vor 1962 führen. Nur in einigen Ausnahmefällen sollte eine Verkleinerung der Rayons erfolgen. Die neuen Führer kritisieren an der Chruschtschowschen Reform, daß sie zu hastig und wenig durchdacht durchge-

führt wurde. Doch bei einiger Überlegung wird selbst dem mit der Materie nicht vertrauten Leser klar, daß auch die von den neuen Führern so kurze Zeit nach der Aufhebung der Chruschtschowschen Reform durchgeführten Maßnahmen durchaus nicht in ruhiger Atmosphäre und wohl durchdacht ausgeführt worden sein konnten. In den Republiken kam es zu einem Streit zwischen den verschiedenen Schichten der lokalen Bürokratie. In einigen Fällen zum Beispiel verteidigten die Vertreter der Wirtschaftskreise die zusammengelegten Rayons, dagegen konnte die Parteibürokratie von einer größeren Zahl der Rayons nur profitieren. Sehr oft mußte die Sachlichkeit dem sozialpolitischen Aspekt der lokalen Bürokratie den Platz räumen. Aus den Angaben, die im Januar in der Tagespresse veröffentlicht wurden, geht hervor, daß von einer mechanischen Rückkehr zur alten Rayonsaufgliederung keine Rede sein kann. Der Parteiapparat versuchte einen Mittelweg zu finden. In der größten Republik, der RSFSR, gab es vor 1962 z. B. 1 946 Rayons, im Januar 1965 bestanden dagegen nur 1 551. Welche gewaltige und komplizierte Arbeit dabei bewältigt werden mußte, zeigen folgende Angaben aus der RSFSR. Durch verschiedene jetzt getroffene Maßnahmen wurden 108 Industrie- und 6 Dorfrayons aufgelöst, 1 030 Dorfrayons in einheitliche Rayons verwandelt und 521 Rayons neu gebildet⁵⁾.

Aus den anderen Republiken ist folgendes bekannt: In der Ukraine gab es vor der Reform von 1962 604 Rayons. Seit Januar 1965 bestehen dort 334 einheitliche Rayons. In Belorußland bestehen anstatt 131 Rayons vor der Reform 100 einheitliche Rayons. In Kasachstan anstatt 189 Rayons 151.

Der Mittelweg des Parteiapparates — die Gründung einer etwas geringeren Zahl der Rayons — muß in erster Linie als politische Maßnahme betrachtet werden. Ähnlich wie bei der Besetzung des neuen Gebietspartei-Komitees mußte der Parteiapparat auch hier viele Zugeständnisse an die lokale Parteibürokratie machen. Zur Zeit ist eine neue Welle der Fluktuation der Parteikader festzustellen. Im Zuge der Chruschtschowschen Reformen wurde das Parteipersonal auf Rayonsebene beträchtlich vermindert und dafür der Parteiapparat in den Gebieten vergrößert. Im Augenblick besteht umgekehrt ein großer Bedarf an Parteifunktionären auf Rayonsebene. Alles das endete mit einer Schwächung der Position des Parteiapparates innerhalb der Struktur des Systems. Entscheidend aber ist, daß der Traum Chruschtschows, die Partei durch die ständige

⁵⁾ Iswestija, 16. 1. 1965.

Auslese der Parteikader in eine Eliteorganisation zu verwandeln, zerronnen ist. Hauptnutznießer der Aufhebung der Chruschtschowschen Reformen ist die Parteibürokratie der untersten Stufe, also gerade jene Elemente, die von der modernen aufgeklärten Bürokratie stets als Ballast betrachtet werden und die in den letzten zwei Jahren im wirtschaftlichen und politischen Leben auf dem Lande keine nennenswerte Rolle spielen konnten.

Der ewige Widerstreit des sowjetischen Systems: die Beziehungen zwischen Partei und Staat

Bekanntlich wurden die Machtbefugnisse nach dem Sturz Chruschtschows geteilt. An der Spitze des Parteiapparates steht Leonid Breschnew; Regierungschef wurde Alexej Kossygin. Aus verständlichen Gründen ist die Frage, ob es sich hierbei nur um eine vorübergehende taktische Maßnahme handelt oder um den Ausdruck bestimmter Transformationsprozesse innerhalb des sowjetischen Systems, von prinzipieller Bedeutung. Unter den westlichen Beobachtern herrscht diesbezüglich keine einheitliche Meinung. Ein Teil vertritt die Ansicht, daß es im Wesen der totalitären Herrschaftsmethoden der Partei liege, eine ähnliche Personalunion der höchsten Partei- und Staatsapparate anzustreben, wie sie bei Stalin und später auch bei Chruschtschow gegeben war. Beide waren bekanntlich nicht nur Partei-, sondern auch Regierungschefs. Die andere Gruppe neigt zu der Auffassung, daß die erwähnte Trennung kein taktisches Manöver, sondern die Folge der zunehmenden Modernisierung des sowjetischen Systems sei und aus der Notwendigkeit entspringt, den Wirtschaftsmanagern und dem Staatsapparat einen größeren Spielraum und größere Selbständigkeit einzuräumen.

Verfolgt man die Äußerungen der sowjetischen Presse genauer, so zeigt sich, daß das Problem in Wirklichkeit noch viel tiefer geht, als die zuletzt erwähnte Expertengruppe es vermutet. In dem Aufsatz, der als Unterlage für die Ausbildung von Parteifunktionären und von Lehrpersonal an Parteischulen dient, werden die Beschlüsse des Oktober- und des Novemberplenums der KPdSU wie folgt kommentiert: „Das Lehrpersonal soll sich besonders mit den Beschlüssen des ZK der KPdSU vom Oktober und November 1964 beschäftigen. Diese Plenen sind ein neuer Beweis dafür, wie sehr das Zentralkomitee um eine erfolgreiche Verwirklichung der Generallinie der Partei besorgt ist. Den Forderungen des Programms und den Statuten der Partei entsprechend hat die Partei eine *zusätzliche Garantie geschaffen, um*

*eine übermäßige Konzentration der Macht in den Händen einzelner Funktionäre unmöglich zu machen und zu verhindern, daß sie sich der Kontrolle durch das Kollektiv entziehen.“*⁶⁾

Nach dem Tode Stalins stand lediglich die Rückkehr zum Kollegialitätsprinzip zur Debatte. Chruschtschow war selbst Vertreter dieses „Leninschen Prinzips“. In der Ära Chruschtschow wurden die sowjetischen Führer aber darüber belehrt, welche Gefahren sich aus der übermäßigen Konzentration der Macht für das Kollegialitätsprinzip ergeben. Da Chruschtschow nicht nur Partei-, sondern auch Regierungschef war, hatte er automatisch alle Machtmittel in Händen, um allen seinen Mitarbeitern seinen Standpunkt aufzuzwingen. Das war viel wichtiger als die Tatsache, daß er sich in dieser oder jener Angelegenheit nicht mit seinen nächsten Mitarbeitern beraten hatte. Zum erstenmal seit vielen, vielen Jahren können wir in der sowjetischen Parteiliteratur die Frage aufgeworfen finden, welche Garantie es wohl gebe, die Machtkonzentration in den Händen einzelner Parteifunktionäre zu unterbinden.

Nach dem Sturz Chruschtschows kam es zu einer interessanten Diskussion über die künftigen Beziehungen zwischen Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat, die noch immer andauert. Der Vorsitzende des Ministerrates der Belorussischen SSR, T. Kiselew, setzte sich öffentlich als erster Diskussionsteilnehmer für eine größere Unabhängigkeit der sowjetischen Staatsfunktionäre ein. In einem Artikel, der in der *Iswestija* vom 27. November 1964 erschien, spielte er auf die Zeiten des Personenkults an und erwähnte dessen negative Folgen für das sowjetische System. Er ging auch auf die Chruschtschowsche Reform vom November 1962 ein und kam zu dem Schluß, daß diese verschiedene Einrichtungen, die auf wirtschaftlichem Gebiet durchaus ihre Aufgabe hatten, in ihrer Bedeutung gemindert habe. Er empfahl, den Funktionären die Entscheidungsfreiheit nicht weiter zu beschneiden und formulierte diesen Gedanken wie folgt: „Die Kommunistische Partei appelliert an alle Funktionäre . . . Initiative und Selbständigkeit in der Arbeit zu entwickeln, und sie unterstreicht, wie wichtig die persönliche Verantwortung für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse ist.“ Kiselew protestierte dagegen, daß Funktionäre, Betriebe und Institutionen bei jeder Kleinigkeit durch die Partei gegängelt werden. Es ist unmöglich, hier genauer auf die mehr oder weniger interessanten Streitigkeiten und Reibereien zwischen den Partei- und den Staats- und Wirtschaftsapparaten, speziell in

⁶⁾ Woprossy istorii KPSS, Nr. 1, 1965, S. 93.

den Republiken, einzugehen. Ihre Bedeutung darf man aber auch nicht überschätzen, waren sie doch weitgehend von den recht chaotischen Zuständen hervorgerufen, die sich ihrerseits wieder aus der Annullierung der Parteireform ergeben hatten. Weit wichtiger wäre dagegen, die Frage zu beantworten, welche Stellung die Parteiführung zum Problem der Beziehungen zwischen den Staats- und Wirtschaftsapparaten einnimmt. In der *Prawda* vom 6. Dezember 1964 erschien ein Artikel unter dem Titel „Ein Staat des gesamten Volkes“, dem große Bedeutung beigemessen wurde. Fast die gesamte sowjetische Presse druckte ihn nach. Die Partei zeigt in diesem Artikel eine sehr *kompromißbereite* Haltung. Ein Teil des Schlußabsatzes soll hier wörtlich wiedergegeben werden: „Die Festigung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei ist unabdingbarer Bestandteil des gesamten Lebens und der Tätigkeit des Volksstaates. Sie resultiert daraus, daß die Partei, die ihre gesamte Tätigkeit auf der marxistisch-leninistischen Theorie und dem intensiven Studium der ökonomischen, sozialpolitischen und ideologischen Prozesse des gesellschaftlichen Lebens aufbaut, der konsequente Träger der wissenschaftlichen Ideen bei der Lenkung der Gesellschaft ist. Das Wesen des Leninschen Stils der Parteileitung besteht darin, daß es sich um keine administrative Leitung, sondern um eine Leitung höchsten politischen Typus handelt. Die Partei übt die politische Leitung aller staatlichen und gesellschaftlichen Organisation aus. Sie übernimmt jedoch nicht deren Funktionen, das heißt, die Funktionen der unmittelbaren Lenkung.“

Der Artikel erwähnt, wie sich Lenin einmal bildlich über die komplizierten Wechselbeziehungen zwischen Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparaten geäußert hat. Er verglich die Arbeit eines erfahrenen politischen Leiters sehr treffend mit der eines Dirigenten. „Der Dirigent ist Leiter eines Orchesters. Würde es nicht seltsam anmuten, wollte er, statt zu dirigieren, gleichzeitig selbst auf allen Instrumenten spielen? Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn ein Parteileiter versucht, alle konkreten Fragen selbst zu lösen, sich in alles einzuschalten. Dadurch wird nicht nur die ‚Musik‘ verdorben und Fehlern bzw. einseitigen Entscheidungen Tür und Tor geöffnet, sondern die Aktivität jener Funktionäre gelähmt, die bevollmächtigt und kompetent sind, diese oder jene konkreten Fragen zu lösen. Außerdem hindert ein derartiger Arbeitsstil den politischen Leiter, sich mit seiner eigentlichen Aufgabe zu befassen, nämlich mit der Lösung großer, politisch bedeutungsvoller und in seinen Kompetenzbereich fallender Probleme.“

Der Begriff der Parteileitung wird hier also eher so aufgefaßt, daß die Partei als integrierende Kraft der Gesellschaft dafür sorgen sollte, alle Institutionen, Apparate und Prozesse als Ganzes auf ein zukünftiges Ziel auszurichten, sie im einzelnen aber nicht zu bevormunden. Es wurden in den Parteiorganen aber auch Artikel veröffentlicht, in denen die Akzente ganz anders gesetzt sind und eher an die traditionelle Form der kommunistischen Diktatur erinnern. Einen solchen Artikel kann man in der Dezemberrnummer des Parteiorgans *Kommunist*, Nr. 18/1964, unter dem Titel „Die schöpferische Entwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre von der Partei im Programm der KP der Sowjetunion“ finden. Auch er ist als Ausbildungsmaterial für Funktionäre gedacht. Besonders wird das „exklusive Recht“ der Partei auf totale Herrschaft darin betont. Natürlich nur für die Zeit, in der der „Kommunismus“ noch nicht erbaut ist. Diese These wird mit verschiedenen Argumenten untermauert. Bei einigen schaut der Pferdefuß, das traditionelle Mißtrauen der Funktionäre stalinistischer Schule gegenüber dem eigenen Volk und den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen usw. gar zu deutlich heraus. Es wird einfach behauptet, daß einzelne gesellschaftliche Organisationen sehr oft egoistische Ziele verfolgen und daß nur die Kommunistische Partei frei von jeglichem Vorurteil ist. Deswegen kann „nur die Partei richtig die gesamte Arbeit für den Aufbau des Kommunismus leiten und ihr einen organisierten, planmäßigen und wissenschaftlich begründeten Charakter verleihen“⁷⁾.

Vieles spricht dafür, daß es keine einheitliche Front innerhalb der kommunistischen Parteibürokratie in einer so wichtigen Frage wie der der Beziehungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gibt. Gleich nach Stalins Tod lagen diese Probleme viel einfacher als heute. Damals kristallisierten sich innerhalb der Parteibürokratie zwei Flügel — ein konservativer und ein aufgeklärter — heraus. Ein Verdienst Chruschtschows ist es, den konservativen Flügel zerschlagen zu haben, hauptsächlich im Bereich der Machtorgane. Die aufgeklärte Bürokratie war sich in dieser bestimmten, sehr kurzen Periode einig. Die immer neuen und immer komplizierter werdenden Probleme der sich ständig modernisierenden Gesellschaft begünstigen aber bestimmte Differenzierungsprozesse. Während ein Teil der Parteibürokratie die privilegierten Positionen des Parteiapparates mit allen Mitteln verteidigt, versucht der andere Teil — hauptsächlich technisch und akademisch gebil-

7) *Kommunist*, Nr. 18, 1964, S. 60.

dete junge Funktionäre — elastischere Formen der Zusammenarbeit zwischen Partei und Gesellschaft zu finden. Nicht die Monopolstellung der Partei soll begrenzt, vielmehr soll die Herrschaftstechnik in der Weise verändert werden, wie es der modernen Zeit entspricht. Dieses Problem bestand schon in der Ära Chruschtschow. Aber die bestehende Trennung der Machtbefugnisse auf höchster Ebene und die neue Qualität des Kollegialitätsprinzips bestätigen eindeutig, daß dieser Problemkreis in eine höhere Stufe eingetreten ist.

Die Modernisierung des Wirtschaftsmanagements

Jede Etappe der sowjetischen Geschichte ist durch irgendeine dominierende Aufgabe gekennzeichnet. In der Stalin-Ära war es — allgemein gesagt — die Umwandlung der rückständigen Sowjetunion in einen Industriestaat. Dringlichste Aufgabe der Ära Chruschtschow scheint es gewesen zu sein, die Auswüchse des Stalinismus zu beseitigen. Nach Chruschtschows Fall und noch mehr seit dem Oktoberplenium von 1964 sind *die Versuche, das sowjetische Management zu modernisieren*, in den Mittelpunkt der gesamten Entwicklung gerückt und werden sich dort *voraussichtlich auf Jahre hinaus* halten.

Seit dem Oktoberplenium von 1964, als Chruschtschow gestürzt wurde, konnte man bei allen Schichten eine gewisse Unruhe beobachten. Einzige Ausnahme bildeten Wissenschaftler und Manager, die ganz offen ihre Zufriedenheit mit der neuen Wendung zeigten. Im Oktober gab es nur eine Zeitung, die laufend optimistische und offensive Artikel veröffentlichte, nämlich die *Ekonomitscheskaja Gaseta*, das Organ der verschiedenen Gruppen des sowjetischen Wirtschaftsmanagements. Mannigfaltig sind die Probleme, die sich nach dem Abtreten Chruschtschows für die Wirtschaftspolitik ergaben. Zuerst mußten die unterschiedlichsten Folgen der Chruschtschowschen Reformen beseitigt werden. Für die Bevölkerung hatte die Reform der Lokalindustrie — das ist die den Ortssowjets unterstehende Industrie — besonders unangenehme Folgen. Die Abwertung der Rayons im Rahmen der Reform vom November 1962 lief parallel mit einer argen Beschneidung der Zuständigkeit der Ortssowjets. Die Lokalindustrie wurde den Volkswirtschaftsräten untergeordnet. Chruschtschow schwebte dabei vor, die Funktionen der Rayonsowjets im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung zu erweitern, auch sollten die Volkswirtschaftsräte gleichzeitig Maßnahmen zur Modernisierung und Verbesserung der Tätigkeit der Lokalindustrie

treffen. Doch liefen die Dinge ganz anders. Niemand fühlte sich mehr so recht für die Kommunalbetriebe zuständig, und das hatte natürlich schwerwiegende Folgen. Hatten diese Betriebe früher die Bevölkerung mit allen Haushaltsgeräten — vom Teeglas bis zum Teigroller — versorgt, so verschwanden diese wichtigen Waren nach der Chruschtschowschen Reform plötzlich aus den Läden der Handelsorganisationen. Hatte man vorher sogar eine gewisse Auswahl, so waren nun, im Jahre des Chruschtschowschen Heils 1963, alle Haushaltsartikel von den Theken verschwunden und nur noch mit großer Mühe und oft zum dreifachen Preis aufzutreiben⁸⁾.

Skandalös waren die Zustände bei den sogenannten „Kulturwaren“, womit verschiedene Musikinstrumente, Nationaltrachten usw. gemeint sind. Was die Chruschtschowsche Reform da für Blüten trieb, das müßte eigentlich in das „goldene Buch“ der sowjetischen Bürokratenidiotie eingetragen werden. So wurden z. B. die Betriebe für Musikinstrumentenbau der Abteilung holzbearbeitende Industrie der Volkswirtschaftsräte unterstellt. Die Kommunalbetriebe, die Kehrbesen machten, gehörten in den Kompetenzbereich der Abteilung für Eisenbeton. Man kann sich vorstellen, welche Folgen das für die Tätigkeit dieser Betriebe hatte. Ihre Produktionskapazität wurde dadurch auf ein Minimum reduziert, und die Bevölkerung war der Leidtragende. Da jedoch die Nachfrage sehr groß war, versuchten die Handelsorganisationen ohne Rücksicht auf die Kosten aus den entlegensten Ecken der Sowjetunion wenigstens etwas aufzutreiben. Die Überwachung der Kommunalbetriebe durch die Volkswirtschaftsräte ist bis heute noch nicht rückgängig gemacht worden. Seit Chruschtschow nicht mehr da ist, fordert die Bevölkerung, besonders aber die Frauen, immer eindringlicher, daß mit diesem Unsinn Schluß gemacht und die Kommunalbetriebe wieder den Ortssowjets unterstellt würden.

Das Beispiel der Kommunalbetriebe wurde hier erwähnt, um zu zeigen, wie groß die Verbitterung und der Ärger über diese Methoden war. Das waren keine theoretischen Beschuldigungen im luftleeren Raum, sondern handfeste Vorwürfe, wenn da über das unüberlegte Hin und Her in der Zuständigkeit, die dauernden Veränderungen im verantwortlichen Personal und die Irreleitung von Rohmaterial geklagt wurde. Die Sowjetführung steht also vor einem Problem, das sie bis heute noch nicht zu lösen vermochte, nämlich all das, was in der vorausgehenden Ära auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik geschehen

⁸⁾ Robitnytscha Gaseta, 22. 12. 1964.

ist, unter die Lupe zu nehmen und alles Störende und Unsinnige von dem Positiven zu trennen. Aber auch ein Unbeteiligter wird einsehen, daß eine solche Operation viel schwieriger ist als eine neue grundlegende Reform.

Die Lage für die neue Führung verschlechterte sich noch aus einem besonderen Anlaß. 1965 ist nämlich das letzte Jahr des Siebenjahresplanes. Da sich die nachchruschtschowistische Führung voll und ganz zu den Beschlüssen des XX., XXI. und XXII. Parteitages bekennt, bedeutet das auch, daß sie die Verantwortung für den Siebenjahrplan übernimmt. In einigen Monaten läuft dieser aber aus, und in so kurzer Zeit können natürlich keine Wunder mehr geschehen. Der Landwirtschaft wird es z. B. nicht mehr möglich sein, auch nur annähernd das Soll des Planes zu erreichen. In der Industrie werden zwar die festgelegten Produktionsaufgaben erreicht werden, aber das wichtigste Ziel des Planes — eine qualitative Veränderung im Sinne des technischen Fortschritts und der Automation — wird unerfüllt bleiben. Nach Chruschtschows Sturz war die *Diskussion über die Qualität der Erzeugnisse* Frage Nummer eins der sowjetischen Fachpresse. Viele sowjetische Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten erklärten sich mit Professor Liberman solidarisch, der vor kurzem äußerte, nicht das Entwicklungstempo, sondern die Verbesserung der Qualität der Produktion sei die dringlichste Aufgabe des Sowjetsystems. Er machte darauf aufmerksam, daß die mindere Qualität der Erzeugnisse schon in den vergangenen Jahren zu einer bedeutenden Abwertung des Entwicklungstempos führte⁹⁾.

Es müsse jedem klar sein, daß zum Beispiel für die Gewinnung einer Tonne Koks mehr Kohle verbraucht wird, wenn diese minderwertig ist. Das ist eine Schraube ohne Ende, denn auch für die Gewinnung einer Tonne Metall werden größere Mengen Koks verbraucht, wenn dieser von schlechter Qualität ist. Und schließlich entscheidet die geringere Qualität des Koks wiederum über die Metallqualität. Aus diesem Grunde werden die aus solchem Metall erzeugten Maschinen und auch Ausrüstungen frühzeitig reparaturbedürftig. Das ist eine der Ursachen, warum sich in der Sowjetunion die größten Bemühungen in der Maschinenbauindustrie nicht so sehr auf die Intensivierung der Produktion der modernen Arbeitsmittel, sondern auf die Deckung des ständigen Bedarfs an Ersatzteilen konzentrieren.

⁹⁾ Radianska Ukraina, 30. 12. 1964.

Die Qualität der Produktion ist ein Kernproblem der Effektivität der Produktion — das ist eine These, die bereits in der Ära Chruschtschow theoretisch anerkannt wurde. Die Tatsache aber, daß die sowjetischen Ökonomen und Betriebswirtschaftler sechs Jahre nach Ankündigung des Siebenjahresplanes alarmierende Artikel zu dieser Frage schrieben und die Qualität der Erzeugnisse in den Vordergrund der Diskussion stellten, zeigt, daß alle zahlenmäßige Planerfüllung nur Augenwischerei ist und sich hier einer der größten Mißerfolge des Siebenjahresplans und damit der Chruschtschowschen Epoche ankündigt. So gesehen, verstehen wir die gegenwärtige Stimmung in der sowjetischen Parteielite besser. Da ist keine Spur von Triumph bezüglich des Siebenjahresplans zu spüren. Alle jüngsten Diskussionen und Vorschläge beschäftigen sich gar nicht mehr mit dem Siebenjahresplan. Sie zielen schon in eine weitere Zukunft und erwecken den Eindruck, daß für die neuen Führer der Plan nicht mehr so verpflichtend ist. Für sie begann vielmehr mit Chruschtschows Sturz eine neue Etappe, in der vieles anders, ohne Hast, mit Überlegung, auf „wissenschaftlicher Grundlage“ usw. gemacht werden soll. Das sind zwar schöne, aber doch sehr allgemein gehaltene Worte, denn die sowjetische Führung hat bis heute noch nicht konkret gesagt, wie die Pläne für die nächste Zukunft aussehen sollen. Zwar erkennt die Parteiführung die Notwendigkeit einer raschen Modernisierung des sowjetischen Wirtschaftsmanagements an, aber es wäre vergeblich, eine Antwort von ihr zu erwarten, wie sich das alles verwirklichen läßt.

Die Gründe für diese Konzeptionslosigkeit verdienen ernsthaft untersucht zu werden. Augenblicklich ist die noch in der Endphase der Zeit Chruschtschows entstandene ökonomische Diskussion in eine *neue Etappe* eingetreten. Offenbar hält es die Parteiführung für zweckmäßig, diese an sich spontane und nicht gelenkte Diskussion in Zukunft zu fördern und auch als meinungsbildenden Faktor zu betrachten. Deswegen ist es notwendig, einen kurzen Einblick in diese etwas außerhalb der Parteisphäre liegenden, jedoch für die Zukunft des sowjetischen Systems ausschlaggebenden Vorgänge zu geben.

Es ist keine allzu große Vereinfachung, wenn festgestellt wird, daß sich in der großen Diskussion über die Zukunft des sowjetischen Planungssystems und über die Wege der Modernisierung des Managements in der letzten Zeit zwei *ziemlich klare Fronten gebildet haben*. Ein Teil der Wirtschaftstheoretiker, Mathematiker, Kybernetiker und Wirtschaftsmanager vertritt den Standpunkt, daß das „ky-

bernetische Zeitalter“ in der Sowjetunion die *zentrale Planung ungewöhnlich fördern wird*. Sie meinen, daß das moderne kybernetische Instrumentarium mit seinen neuesten Mitteln der Automatik, der Rechenanlagen, Buchungsmechanismen usw. alles zu bewältigen vermag, was der Bürokratie bis jetzt noch nicht gelungen ist, nämlich die gesamte Tätigkeit der Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe in allen Details zu erfassen. Demgegenüber steht der andere Teil, der in der *Erweiterung der Betriebsbefugnisse* und in der Anpassung der Grundzelle der Volkswirtschaft — des Betriebes — an die moderne Entwicklung in Wissenschaft und Technik den einzigen Weg zur Modernisierung des sowjetischen Systems sieht. *Das Ringen zwischen den Anhängern der kybernetischen Utopia und den Anhängern der „Unternehmenswirtschaft“ ist zur Zeit das Kernproblem der großen Auseinandersetzung über die Zukunft des sowjetischen Systems*. In der westlichen Presse wird dieses Dilemma sehr oft hauptsächlich deswegen übersehen, weil wir gewöhnt sind, die sowjetischen Probleme durch die traditionelle Brille und immer unter dem Blickwinkel des Konfliktes zwischen Parteiapparat mit „fortschrittlichen Kräften“ zu betrachten. Die jüngste Entwicklung paßt jedoch nicht in dieses Konzept. Die Prediger des Superzentrismus sind diesmal nicht machthungrige Parteifunktionäre, sondern eine zahlenmäßig starke Gruppe von Wissenschaftlern, Mathematikern und Kybernetikern, von denen das Rezept zur Genesung des sowjetischen Systems mit Hilfe der Kybernetik stammt.

Kybernetik und Wirtschaftsmathematik haben in den letzten Jahren sehr große Fortschritte gemacht. Entscheidend sind dabei nicht so sehr die beachtlichen wissenschaftlichen Erfolge, als vielmehr die Tatsache, daß es den Kybernetikern und Mathematikern gelang, sich innerhalb verschiedener Apparate als autoritativer Faktor zu verankern. Heute bestehen fast in allen Republiken mehr oder weniger starke kybernetische Zentren. Für unser Thema sind folgende wissenschaftliche Zentralinstitutionen von Wichtigkeit: das Zentrale Ökonomisch-Mathematische Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, das Hauptrechenzentrum bei der Staatlichen Plankommission der UdSSR, das Forschungsinstitut zur Projektierung von Rechenzentren und System für ökonomische Informationen bei der Zentralen Statistischen Hauptverwaltung. Im staatlichen Komitee zur Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der UdSSR entstand eine Hauptverwaltung für die Einführung der Rechentechnik in der Volkswirtschaft. Ferner wurde im gleichen

Staatskomitee ein überbehördlicher wissenschaftlicher Rat zur Einführung von mathematischen Methoden und Rechentechniken in der Volkswirtschaft gegründet. Alle diese Institutionen entfalteten noch in der Chruschtschow-Ära eine ungewöhnlich lebhaftige Tätigkeit. Für die Entwicklung waren besonders ihre Appelle an die öffentliche Meinung wichtig. Wahrscheinlich ist in keiner Gesellschaft und nirgendwo in der Welt das Interesse der technischen Intelligenz, der Studenten und überhaupt der ganzen Jugend für die Revolution in Wissenschaft und Technik so groß wie in der Sowjetunion. Dieses wichtige psychologische Moment muß man sich stets vor Augen halten. Es war eine günstige Chance, die den Kybernetikern und Mathematikern in der Diskussion darüber, wie man die Lage möglichst schnell verbessern könne, zu einem ziemlich raschen Sieg verhalf.

Im vergangenen Jahr arbeitete eine Gruppe von Kybernetikern sogar einen konkreten Plan für die Schaffung eines neuen Systems der Planung und Wirtschaftsleitung aus. Sie schlug vor, vorerst ein einheitliches staatliches Netz von Rechenzentren zu schaffen, das eine dreistufige Struktur haben und durch die höchste Stufe — dem Hauptzentrum — unmittelbar den Regierungsorganen zur Verfügung stehen sollte¹⁰⁾.

Es wäre jedoch ein Irrtum zu vermuten, daß die Anhänger der kybernetischen Utopia an die bürokratischen Traditionen der sowjetischen Planung und Wirtschaftsleitung anknüpfen wollten. Sie sind für eine Kontinuität des zentralistischen Planungssystems, betonen jedoch ausdrücklich, daß sich „gegenwärtig neue ökonomische Bedingungen herausgebildet haben, die neue wirtschaftliche Lösungen erfordern“¹¹⁾. Diese Gruppe akzeptiert die These, daß die Beziehungen zwischen den Konsumenten und den Produzenten der Erzeugnisse verändert werden müssen. Die Betriebe sollen in Zukunft keiner übertriebenen Aufsicht und Bevormundung unterworfen werden. Ihre Grundforderung aber lautet: „Bei aller weitgehenden und zweckmäßigen Anwendung der ökonomischen Hebel und des Hebelmechanismus dürfen wir niemals vergessen, daß die zentralisierte einheitliche Volkswirtschaftsplanung eine der größten Errungenschaften der sozialistischen Ordnung ist ... *Die zentralisierte Planung darf nicht geschwächt, sondern muß verbessert werden.*“¹²⁾

¹⁰⁾ Siehe darüber die Artikel zweier Kybernetiker, W. Luschkow und N. Fedorenko, in: Woprossy Ekonomiki, Nr. 7, 1964.

¹¹⁾ N. Fedorenko, Ein wichtiges ökonomisches Problem, in: Prawda, 17. 1. 1965.

¹²⁾ Ebenda.

Die zweite Gruppe bilden die „Dezentralisten“. Der stellvertretende Direktor der Zentralen Statistischen Hauptverwaltung, J. Malyschew, einer der beschlagensten Köpfe der sowjetischen Wirtschaft, äußerte sich im vergangenen Jahr in einem Round-Table-Gespräch folgendermaßen über die Anhänger der kybernetischen Utopia: „Ist es nicht seltsam, daß es Menschen gibt, die von einem zentralen Hauptrechenzentrum aus alles über unser weites Land — von den kühlen finnischen Felsen bis zum weißglühenden Kolchida, von Brest bis Wladiwostok — erfahren wollen, wie alle technologischen Arbeiten vor sich gehen, wie gesät wird, wie wer sich kleidet, wie alle Werkzeugmaschinen und Apparate arbeiten usw.“ Malyschew machte sich über jene lustig, die meinen, daß sie mit Hilfe der Elektronenrechenmaschinen endlich in der Lage seien, alle Details zu erfassen, von einem Zentrum aus alles zu kontrollieren, ja noch mehr, mit einem Druck auf den Knopf alle Fehler zu korrigieren. „Alles das ist Utopie“, rief Malyschew sarkastisch aus, „weil die Gesellschaft keine Summe von Nullen und mathematischen Einheiten ist . . . Die Zentralplanung muß ein allgemeines Ziel, ein allgemeingültiges Leitbild festlegen und der Bevölkerung ermöglichen, selbst die besten Mittel zur Lösung der gestellten Aufgabe ausfindig zu machen und anzuwenden.“¹³⁾

Der bekannte Volkswirtschaftler Professor Liberman veröffentlichte Ende 1964 einen bedeutenden Artikel, in dem er ganz offen auf den Konflikt zwischen den Zentralisten und den Anhängern einer Planungsreform im Sinne der Emanzipation der Betriebe eingeht. Wörtlich schreibt er folgendes: „In den Diskussionen . . . hat sich erwiesen, daß einige Volkswirtschaftler nicht ganz richtige Vorstellungen von der Rolle des Systems einer kybernetischen Leitung haben. Sie meinen, daß es durch den Einsatz einer großen Zahl von Elektronenrechenmaschinen von unten nach oben möglich sein wird, die Planung grundsätzlich zu vervollkommen, auch dann, wenn die heutigen Methoden beibehalten werden.“ Liberman machte darauf aufmerksam, daß sich kein kybernetisches System nur mit der Zentralisierung der gesamten Informationen und der Leitung aller Produktionsprozesse von einem Zentrum aus begnügen kann. „Das ist nicht möglich, egal wie schnell die Elektronenrechenmaschinen arbeiten.“ Er versuchte den Anhängern des „kybernetischen Superzentrismus“ auch klarzumachen, daß ihre Einstellung dem Wesen des kybernetischen Systems widerspricht. „Die zentralisierte Re-

gulierung sollte unbedingt konform gehen mit der Selbststeuerung der regulierten Objekte, um bei bestimmten, im voraus gestellten Bedingungen ein Optimum zu erreichen.“ Liberman meinte, daß die kybernetischen Maschinen nicht mehr geben könnten als das, was in ihnen an Primärinformationen, Exaktheit und Gründlichkeit gespeichert sei. Würden die Betriebe in der Sowjetunion weiter wie bis jetzt arbeiten, so werden die Resultate der durch die Maschinen verarbeiteten Informationen unrichtig sein. „Der Wunsch, alles zu planen, führt zu einer Erschütterung des Planes, nicht zu seiner Stärkung.“¹⁴⁾

Die Position der Anhänger der erweiterten Betriebsbefugnisse ist insoweit besser, weil noch zu Zeiten Chruschtschows einige erfolgreiche Experimente eingeleitet wurden. Es handelte sich dabei um zwei Textilbetriebe — „Bolschewitschka“ in Moskau und „Majak“ in Gorki —, die die Aufgabe erhielten, neue Formen der Beziehungen zwischen Betrieben und Handelsorganisationen auszuprobieren. Sie bekamen keinen Produktionsplan, sondern richteten sich nur nach den Bestellungen der Handelsorganisationen, die die einzige Grundlage ihrer Tätigkeit bilden sollten. Auf diese Weise wurden die Rechte der beiden Firmen erweitert; der Vermittler — die Großhandelsorganisationen — wurde ausgeschaltet usw. Nach dem Gelingen dieses Experiments wurde beschlossen, daß in nächster Zeit einige Konfektions- und Schuhfabriken in Moskau, Leningrad, Minsk, Taschkent und Kiew zur gleichen Arbeitsmethode übergehen sollten. Um eine strenge Einhaltung der Liefertermine zu erreichen, wurden sehr harte Bedingungen ausgehandelt. Für jeden Tag Verspätung bei der Lieferung von Rohstoffen, Materialien und Fertigerzeugnissen muß die schuldige Firma eine Strafe in der Höhe von 0,3 % des Gesamtwertes zahlen. Ab 20 Tagen erhöht sich die Strafe auf 5 Prozent. Die Handelsorganisationen sind berechtigt, zwei Monate vor Beginn eines jeden Quartals, und die Schuh- und Konfektionsbetriebe 45 Tage vorher ihre Bestellungen zu ändern bzw. zu korrigieren. Durch diese Maßnahmen will man das Assortiment der Produktion auf das von den Konsumenten gewünschte Niveau bringen.

Dieses Experiment ist auch durch zahlreiche Berichte in der westlichen Presse bekannt geworden. Es wird jedoch im Zusammenhang damit sehr oft ein übertriebener Optimismus geschürt. Die erwähnten Betriebe sind nämlich nicht in der Lage, den Bedarf der ganzen Bevölkerung zu decken, auch wenn sie davon informiert sind. In der Sowjetunion sind einige

¹³⁾ Ekonomitscheskaja Gaseta, Nr. 25, 20. 6. 1964.

¹⁴⁾ Radianska Ukraina, 30. 12. 1964.

Textilien und Rohstoffe Mangelware, d. h. die Betriebe können nur bei den durch den Plan festgestellten Mengen eine bestimmte Verbesserung der Erzeugnisse erzielen. Außerdem ergab das Experiment, daß diese Firmen vorläufig nur mit größeren Handelsorganisationen direkt zusammenarbeiten dürfen. Die Verbindung mit kleineren Handelsorganisationen, die nur an geringeren Lieferungen interessiert sind, mußte als Verlustgeschäft abgelehnt werden.

Wenn sich die sowjetische Regierung trotzdem entschlossen hat, das Experiment auszuweiten, so bestätigt das nur, wie dringend notwendig Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität sind. 1965 mußte die sowjetische Regierung im Staatsbudget eine Summe in Höhe von 1,3 Milliarden Rubel für die Preissenkung einiger Produktionserzeugnisse, wie Textilien, Schuhe und andere Waren, zur Verfügung stellen. 1964 gab es in den Lagern der sowjetischen Handelsgeschäfte für 2,1 Milliarden Rubel schwer abzusetzende Warenvorräte, davon für 1,6 Milliarden Rubel Textilien, Konfektionserzeugnisse und Schuhe. Der Sowjetbürger wird anspruchsvoller, er will nicht mehr alles kaufen, sondern nur das, was er braucht und was ihm gefällt. Wollte die Sowjetregierung dies weiterhin ignorieren, so müßte sie dafür tief in den Staatssäckel greifen.

Auch die Betriebsdirektoren rühren sich und geben so den „Dezentralisten“ Oberwasser. Sicher nicht zufällig meldeten diese Kräfte schon in den letzten Monaten der Ära Chruschtschow ihre Ansprüche an und sie protestieren lauthalts gegen die ständige Bevormundung der Betriebe durch uneinsichtige Planbehörden und bürokratische Staatsapparate. Man braucht nur eine Zeitung aufzuschlagen, um den Artikel eines Betriebsdirektors zu finden, der die unhaltbaren Zustände bis in alle Einzelheiten enthüllt.

Die Diskussion über die Zukunft des sowjetischen Wirtschaftssystems erfaßt immer neue Schichten der sowjetischen Gesellschaft, die das Für und Wider der beiden gegensätzlichen Standpunkte, des der Zentralisten und des der Dezentralisten, abwägen. Auch der Standpunkt der Partei scheint nicht einheitlich zu sein. Vieles spricht dafür, daß ein Teil der gehobenen Parteifunktionäre in der kybernetischen superzentralistischen Utopia das ideale Zukunftsmodell der sowjetischen Gesellschaft sieht. Eine „kybernetische Verwaltung“ des ganzen Landes, die Möglichkeit, wiederum alles „perfekt“ zu manipulieren, imponiert manchen Apparatschiks aus verständlichen Gründen. Es wäre naiv zu vermuten, daß die Gegner der Zentralisten für eine Abschaffung

der Planwirtschaft seien und daß sie die Entwicklung in Richtung einer „Marktwirtschaft“ lenken wollten. Sie verlangen nur eine radikale Anpassung des sowjetischen Planungssystems an die Erfordernisse des technischen Fortschritts und der Automation. Manche Autoren sprechen sogar von der Notwendigkeit, das Leninsche Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ den modernen Zeiten anzupassen. Das Planungssystem sollte effektiver werden, indem es nur eine Richtlinie darstellt, um den Betrieben und der Bevölkerung die Möglichkeit für eine maximale Entfaltung ihrer Initiative zu geben. Diesen Standpunkt vertraten verschiedene Kräfte der sowjetischen Gesellschaft, in erster Linie jedoch die Betriebsdirektoren und auch ein überwiegender Teil der technischen Intelligenz. Aber auch ein Teil der Parteibürokratie unterstützt die „Dezentralisten“, besonders die lokalen Parteibürokraten. Für sie sind die wirtschaftlichen Aspekte natürlich zweitrangig. Aus Chruschtschows Experimenten haben sie gelernt, daß jede Dezentralisierung für die Festigung ihrer gesellschaftlichen Position nur von Vorteil ist. Chruschtschow kam aus verschiedenen Gründen zu Fall. Ausschlaggebend war jedoch zweifellos die Tatsache, daß die Probleme der Wirtschaftsleitung und Planung in der letzten Zeit so kompliziert geworden waren, daß sie mit Improvisationen und ständigem Experimentieren nicht mehr gelöst werden konnten. Als das Zentralkomitee der KPdSU Chruschtschow im Oktober des vergangenen Jahres stürzte, war sich die sowjetische Parteilite wahrscheinlich nicht klar darüber, daß sie dadurch eine nicht unbedeutende These Lenins revidierte. Er meinte nämlich seinerzeit, daß sich die Probleme eines modernen Staates immer mehr vereinfachen würden, daß in Zukunft sogar eine Köchin — so drückte er sich bildlich aus — Präsident werden könne. Chruschtschow war eine Leninsche Köchin. Er war den Aufgaben der modernen Zeit nicht gewachsen. Seine Nachfolger haben das bestätigt, indem sie eine Kampagne gegen die Chruschtschowschen Improvisationen einleiteten und eine Politik auf „wissenschaftlicher Grundlage“ ankündigten. Aber bis heute warten wir noch auf eine konstruktive Konzeption zur Lösung der hier angeschnittenen Probleme.

Eine neue Rolle der Wissenschaft?

Der Sturz Chruschtschows war Wasser auf die Mühlen der sowjetischen Wissenschaftler, die mehr Autonomie zu erreichen hoffen. Einige Tage nach dem Oktoberereignis schrieb der stellvertretende Vorsitzende der Akademie

der Wissenschaften der UdSSR, W. Kirillin: „Eine erfolgreiche Entwicklung der Wissenschaft verlangt einen breiteren und freien Austausch der Meinungen unter den Wissenschaftlern, der weder durch den Einfluß höherer wissenschaftlicher Autoritäten noch durch inzwischen entstandene und Tradition gewordene Standpunkte eingeschränkt sein sollte.“¹⁵⁾

Besonders zu beachten sind auch die jüngsten Vorgänge auf dem Gebiet der Naturwissenschaften. Gleich nach Chruschtschows Sturz setzten die sowjetischen Wissenschaftler alles daran, um den bekannten Agrobiologen Lysenkow aus seiner angemessenen Stellung zu vertreiben. Den ersten Stoß führte die Literaturzeitschrift *Literaturnaja Gaseta*, die ein Round-Table-Gespräch organisierte, das vom Direktor des Instituts für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Professor B. M. Kedrow, mit folgenden Worten eröffnet wurde: „Wir haben uns hier versammelt, um über den Stand der gegenwärtigen biologischen Wissenschaft zu diskutieren, über die Lage, in der sie sich befindet, über das, was wir, Menschen verschiedener Berufe, berechtigt sind, von der Biologie in Zukunft zu verlangen. Jahrelang wurde die freie Meinungsäußerung in der Biologie durch Methoden ersetzt, die mit wissenschaftlichem Leben, wissenschaftlichem Schaffen und freier Diskussion unvereinbar sind. Der Standpunkt einiger dogmatisch eingestellter Persönlichkeiten wurde als die Wahrheit ausgegeben und durfte weder diskutiert noch kritisiert, noch auf ihren Wahrheitsgehalt hin geprüft werden. Zwar hat sich nach dem XX. Parteitag die Lage etwas zum Besseren gewendet, aber auch bis in die jüngste Zeit hinein wurden nicht alle Dummheiten ausgemerzt.“

Dieses Gespräch bestätigte eindeutig, daß der Schützling Stalins und später Günstling Chruschtschows einfach ein Betrüger und Hochstapler war. Der Doktor der biologischen Wissenschaft W. P. Jewroimson erinnerte daran, daß die in den zwanziger Jahren als höchste Errungenschaft der Agrobiologie gefeierte „Jarowisation“ (die Beschleunigung der Entwicklung der Pflanzen durch entsprechende Temperatureinwirkung zu Beginn der Samenteilung) nur Bluff und daß alle Ziffern, die Lysenko seinerzeit veröffentlicht hatte, Fälschungen waren.

Kurze Zeit darauf veröffentlichte eine landwirtschaftliche Tageszeitung einen Bericht über die Zuchtstiere der Experimentierfarm Lysenkos „Gorki Leninski“. Chruschtschow hatte

dieses Experiment in vielen Reden gepriesen. Die Milch der weiblichen Nachkommen dieser Stiere wies angeblich mehr Fettgehalt auf. Auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU von 1961 hatte Chruschtschow voller Begeisterung ausgerufen: „Doch was bedeutet es, den Fettgehalt der Milch auch nur um 0,1 Prozent zu erhöhen? 1959 wurden in den Kolchosen und Sowchosen 30 Millionen Tonnen Milch produziert. Nimmt man von dieser 0,1 Prozent Fett, so ergibt das zusätzlich 30 000 Tonnen Sahne oder 36 000 Tonnen Butter, d. h. eine Menge Fett, die 300 000 Kühe bei einem durchschnittlichen Milchertrag von 2 600 kg Milch geben. Das ist eine wirkliche, mit dem Leben und der Praxis verbundene Wissenschaft.“

Die Abhalfterung Lysenkos war ein wichtiger Präzedenzfall, der nicht allein für die Agrowissenschaft Bedeutung hat. Sicherlich hat Chruschtschow nicht bewußt einen gewöhnlichen Schwindler unterstützt. Dieser Fall wirft aber ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung der Partei und ihres Apparats zu Wissenschaft und Gelehrten, auf die doch so großer Wert gelegt wird. Die Lysenkoschen Stiere werden für die Parteifunktionäre noch lange ein abschreckendes Beispiel bleiben. Sie können daraus lernen, wie gefährlich es für ihre eigene Karriere ist, einen aus ideologischen Gründen angenehmen Wissenschaftler besonders zu protegieren. Und umgekehrt wird es in Zukunft keine wissenschaftliche Autorität wagen, von irgendeinem Apparatschik Hilfe zu erbitten, um einer wissenschaftlichen These Ansehen zu verschaffen.

Der Drang der Wissenschaftler nach größerer Freiheit und Selbständigkeit hält unvermindert an. Unter Chruschtschow hatte die Wissenschaft innerhalb des Systems außerordentlich an Bedeutung gewonnen, aber dadurch wurden die Gelehrten häufiger als bis dahin gezwungen, sich auch mit praktischen Problemen zu befassen. Außerdem wurden sie so sehr mit dem Parteikram der bürokratischen Apparate belastet, daß ihnen für eigene Forschungsarbeiten wenig Zeit blieb. Diese Frage erörterte vor kurzem der bekannte medizinische Wissenschaftler W. W. Parin. „Seit vielen Jahren schon kämpfen wir vergeblich gegen das gewissermaßen neben der Wissenschaft grassierende Sitzungsfieber, das mit all diesen zahllosen Kommissionen und Komitees zusammenhängt, deren Arbeit häufig nichts anderes als Gereiztheit und Bedauern über die verlorene Zeit hinterläßt.“¹⁶⁾ Die administrative Einmischung in die Wissenschaft hat aufgehört, stellte er fest, und die modernen Zwei-

¹⁵⁾ Iswestija, 6. 11. 1964.

¹⁶⁾ Prawda, 2. 1. 1965.

ge der Wissenschaft wie Kybernetik und Bionik machten sehr rasche Fortschritte.

Nur am Rande können hier die neuesten Ereignisse auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften erwähnt werden. Hierher gehört der Vorschlag von F. Burlatzkij, einen für sowjetische Verhältnisse neuen wissenschaftlichen Zweig, die *Politologie*, aufzubauen. Diese Wissenschaft beschäftigt sich bekanntlich mit Problemen, die unter den Begriff der Herrschaftstechnik fallen. Verschiedene dieser Fragen wurden bisher durch die Gesellschaftswissenschaften erörtert. Burlatzkij meint aber, daß es durch die Einführung der „politischen Wissenschaft“ in der Sowjetunion möglich sein wird, verschiedene Fragen tiefergehender als bisher zu erforschen und zu behandeln. Welches sind nach ihm die Aufgaben der Politologie? „Diese Wissenschaft ist dazu berufen, die grundlegenden Fragen zu beantworten, die sich aus der Vervollkommnung der Formen und Methoden zur Leitung der Gesellschaft, der genauen Aufteilung von Funktionen, Rechten und Pflichten auf sämtliche Glieder des Verwaltungsapparats und aus den Problemen der Kaderförderung und -ausbildung ergeben.“¹⁷⁾ Dieser Vorschlag liegt also auf der von Kossygin angekündigten Linie, wonach die gesamte Politik der Partei auf eine „wissenschaftliche Grundlage“ zu stellen ist. Natürlich steht auf einem anderen Blatt, wie sich die Politologie unter den sowjetischen Bedingungen entwickeln wird; das können nur Zeit und Erfahrung erweisen. Vorläufig sind nur die Bestrebungen interessant, bei der Lösung der laufenden Probleme über die Grenze des bisherigen Ideengutes hinauszugehen. Auf gleicher Linie liegen die jüngsten Versuche kommunistischer Theoretiker, die Entwicklung in der *Soziologie* zu beherrschen und in den Dienst des „kommunistischen Aufbaus“ zu stellen. Einerseits wird die Soziologie eindeutig als spezifische Wissenschaft anerkannt, andererseits will man aber alles unternehmen, damit sie sich nicht als streng empirische Wissenschaft entwickelt. Die Gründe dafür sind recht verständlich, da die Ergebnisse einer solchen Entwicklung in der Soziologie von großer Tragweite und ein überzeugender Impuls für notwendige ideologische Korrekturen sein könnten. Deswegen verlangen einige Theoretiker im Namen der Partei, daß sich die Soziologie auf die Erforschung solcher Erscheinungen konzentrieren soll, die ihr im Rahmen der gesamten Gesellschaftswissenschaft zugewiesen werden. Dabei will die Partei nicht etwa auf die sozialkritische Forschung verzichten, sie ist im Gegen-

teil für „soziale Experimente“, die im „Prozeß des kommunistischen Aufbaus“ erfolgen und sich auf verschiedene Gebiete des sowjetischen Lebens erstrecken sollen. Die sowjetischen Soziologen konnten seit zwei, drei Jahren ihre Tätigkeit sehr stark intensivieren, aber die kommunistische Bürokratie wird sich noch lange und oft den Kopf darüber zerbrechen, welchen Standort dieser Zweig im Rahmen der gesellschaftlichen Wissenschaften einnehmen soll¹⁸⁾.

Die Landwirtschaftspolitik

Schon wenige Tage nach dem Sturz Chruschtschows deuteten die sowjetischen Führer einen neuen Kurs der Landwirtschaftspolitik an. In seiner Rede auf dem Roten Platz erklärte Breschnew: „Man sollte den Kolchosen und Sowchosen bei der Organisation und Planung ihrer gesellschaftlichen Produktion nicht nur mit Worten, sondern auch in der Tat mehr Rechte einräumen.“ Diese Worte waren noch am Ende des vergangenen Jahres letzter Schrei der politischen Mode. Die gesamte Presse, besonders die der Provinz, wiederholte sie in den verschiedensten Varianten. Vielleicht war das teilweise künstlich manipulierte Propaganda. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Ankündigung eines neuen Kurses auf dem Lande von der landwirtschaftlichen Technokratie, den Kolchosvorsitzenden und Sowchodirektoren wirklich begrüßt wurde. Die Erklärung Breschnews — vier Monate nach Chruschtschows Sturz — blieben jedoch nur „Worte“. Taten ließen die neuen Herren vorläufig nicht sehen.

Der einzige landwirtschaftliche Beschluß, der gewisse Chruschtschowsche Maßnahmen aufhob, bezog sich auf eine *Erweiterung der Rechte der sogenannten Nebenwirtschaften*. Zuerst wurden solche Maßnahmen in der Sowjetukraine getroffen. Auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses des ZK der KP und des Ministerrates der Ukraine wurden alle Vorschriften aufgehoben, die nach 1955 die Rechte der Kolchosbauern und -angestellten in bezug auf ihre Nebenwirtschaften eingeschränkt hatten. Es wurde beschlossen, daß die in der Ära Chruschtschow stark verkleinerten Nebenwirtschaften wieder auf den Stand von vor 1955 gebracht werden sollten. Ferner wurden die staatlichen und genossen-

¹⁸⁾ Auf zwei besonders wichtige Artikel wird hingewiesen: F. Konstantinow und W. Kelle, *Historischer Materialismus — eine marxistische Soziologie*: in: *Kommunist*, Nr. 1, 1965, und D. Tchesnokow, *Angewandte soziale Forschungen und gesellschaftliche Wissenschaften*, in: *Polititcheskoje Samobrasowanie*, 1, 1965.

¹⁷⁾ *Prawda*, 10. 1. 1965.

schaftlichen Organisationen verpflichtet, die Nebenwirtschaften zu unterstützen, was besonders für die Viehhaltung von Wichtigkeit ist. Auch verschiedene Verbote und Einschränkungen aus jener Zeit — soweit sie den Besitz von Kühen betrafen — wurden aufgehoben¹⁹⁾. Zwei Tage später erklärte Breschnew in der schon erwähnten Rede, daß die Partei dem Privatbesitz auf dem Lande nicht länger Hindernisse in den Weg legen werde. Stürmischen Beifall bekam er, als er erklärte: „In den letzten Jahren wurden auf diesem Gebiet verschiedene unbegründete Einschränkungen durchgeführt, obwohl die ökonomischen Bedingungen für einen solchen Schritt noch nicht reif waren. Alle diese Einschränkungen werden jetzt außer Kraft gesetzt.“

Grundfalsch wäre es aber, wollte man daraus schließen, daß die KPdSU nach dem Abtreten Chruschtschows die Besitzformen in der Landwirtschaft ändern wollte. Davon kann keine Rede sein. Nur spielen die Einkünfte aus den Nebenwirtschaften im Budget der Kolchosbauern und der auf dem Lande bzw. in kleineren Städten wohnenden Intelligenz und der dort ansässigen Arbeiter eine lebenswichtige Rolle. Auch für die Lebensmittelversorgung der Großstadtbevölkerung liefern sie einen nicht zu verachtenden Beitrag. Daher entschlossen sich die neuen Führer aus rein taktischen Gründen zu den erwähnten Maßnahmen, die sie offensichtlich nur als *zeitlich bedingt ansehen*. Inzwischen haben die offiziellen Parteiorgane diesen Kurs genau erläutert; nüchtern geben sie zu, daß jede Politik, die sich heute gegen die Nebenwirtschaften richtet, die Lebensmittelversorgung automatisch verschlechtern und der städtischen Bevölkerung und den Kolchosbauern materiellen Schaden zufügen würde. Andererseits aber müsse alles unternommen werden, daß dieser neue Kurs nicht zur Stärkung „privatbesitzerischer Tendenzen“ führe. „Es darf nicht zugelassen werden, daß die Privatwirtschaft zu sehr aufgebläht wird und daß sich bei einzelnen Kolchosbauern privatbesitzerische und spekulative Tendenzen zeigen.“²⁰⁾

Sehen wir also zu, was auf dem „sozialistischen Sektor“ der Landwirtschaft wirklich vor sich geht. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich *eine erstaunliche Parallele zu augenblicklichen Prozessen in der Industrie*. Dort rebellieren die Betriebsdirektoren, Ingenieure und ein Teil der Ökonomen gegen die Bevormundung durch die Planbehörde und bürokratischen Apparate. Auf dem Lande haben wir es *mit einer Fronde der landwirtschaftlichen*

Technokratie, der Kolchosvorsitzenden und Sowchoddirektoren zu tun. Was diese führenden Landwirte kritisch äußern, klingt aber ganz anders als alles, was von den neuen Herren bezüglich der Chruschtschowschen Landwirtschaftspolitik bisher zu hören war. Deren offizielle Kritik läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen: Das organisatorische Versagen führte zu einem Chaos in der Landwirtschaft; erwies sich irgendwie etwas als richtig, wurde es gleich schablonenhaft auf ganz anders geartete Fälle übertragen; ein allgemeiner Hang, alles auf dem Verwaltungsweg zu erledigen; Verletzung des Prinzips, wonach die Kolchosbauern an ihrer Arbeit materiell interessiert werden sollten. Auch die Kritik an den Planungspraktiken kann dazu gerechnet werden. Bereits 1955 war beschlossen worden, den übergeordneten Instanzen zu untersagen, den Kolchosen und Sowchosen vorgefaßte Pläne aufzuzwingen. Dieser Beschluß blieb jedoch auf dem Papier. Es muß aber festgestellt werden, daß gerade Chruschtschow mit verschiedenen Mitteln versuchte, diesem Beschluß Leben einzuhauchen. Heute ist es leicht, Chruschtschow die Schuld für alle möglichen Verletzungen der Planungsordnung auf dem Lande in die Schuhe zu schieben; diese Vorwürfe sind aber nur teilweise berechtigt. Zwar ist es wahr, daß diese Kritik an der Chruschtschowschen Landwirtschaftspolitik sehr wichtige Fragen betrifft, sie ist jedoch so allgemein gehalten, daß sie unter keinen Umständen als etwas prinzipiell Neues betrachtet werden kann. Nichts läßt auf eine wirkliche Wandlung in der Landwirtschaftspolitik schließen.

Ganz anders steht es dagegen mit dem einigermaßen *konkreten und im Grunde genommen weitsichtigen Programm der rebellierenden landwirtschaftlichen Technokraten*. In verschiedenen sowjetischen Zeitungen wie auch im Zentralorgan der Landwirtschaft *Selskaja Shisnj* erschienen nach Chruschtschows Abgang zahlreiche Artikel — sehr oft von mehreren Verfassern unterschrieben —, die eine wirklichkeitsnahe und dabei positive Kritik am sowjetischen Landwirtschaftssystem übten. In vielen dieser Artikel werden weitgehende Vorschläge zur Verbesserung der Landwirtschaftspolitik gemacht. Aus verständlichen Gründen ist eine genaue Analyse hier nicht möglich. Einige markante Punkte sollen aber herausgestellt werden.

So verlangen die Vertreter der Landwirtschaft die Beseitigung der unangenehmsten Form der Ausbeutung der Kolchosen, nämlich des erzwungenen Verkaufs der Überplanproduktion an den Staat. Bis heute müssen die Kolchosen die über den Plan erzielten Kontingente

¹⁹⁾ Radjanska Ukraina, 5. 11. 1964.

²⁰⁾ Kommunist, Nr. 1, 1965, S. 117 ff.

nämlich ebenfalls an den Staat verkaufen. Dabei wird der eigene Bedarf der Kolchose an Getreide für Futterzwecke nicht im geringsten berücksichtigt. Das hat fatale Folgen für die Vieh- und Geflügelzucht, und außerdem wirkt es demoralisierend auf die Kolchosbauern. Sie haben kein Interesse daran, den Plan überzuerfüllen. „Wir haben davon sowieso keinen Nutzen.“ Verschiedene Artikel verlangten eine Änderung dieser Verhältnisse. Für die Kolchosen sollten feste Erfassungspläne festgelegt werden, die unter keinen Umständen verletzt werden dürften. Die Kolchosleitung müsse aus eigener Initiative zu der Überzeugung kommen, daß sie einen Teil der überplanmäßigen Produktion ohne Schaden für ihre eigene Wirtschaft an den Staat verkaufen könne ²¹⁾.

Sprechen wir nun über die Preise der landwirtschaftlichen Produkte — das ist auch so ein heikler Punkt. Aus Presseberichten ist bekannt, daß schon zu Chruschtschows Zeiten wichtige Maßnahmen ergriffen wurden, um die staatlichen Einkaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse anzuheben. Jetzt melden sich kritische Stimmen zu Wort, die vorschlagen, die Einkaufspreise noch weiter zu verbessern, um damit die Voraussetzungen für eine wirklich gewinnbringende Wirtschaft der Kolchosen zu schaffen. Die Mehrzahl der Kolchosen und Sowchosen liefern an den Staat sieben bis acht und manche sogar mehr als zehn verschiedene Arten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Darunter fallen auch Produkte, die zwar für den Staat äußerst wichtig sind, den Kolchosen aber nur rote Zahlen einbringen. Klar, daß nun die Forderung erhoben wird, der Staat möge, wenn er an solchen Produkten interessiert ist, die staatlichen Einkaufspreise dafür heraufsetzen, um den Kolchosen unverschuldete Verluste zu ersparen ²²⁾.

Ein anderes erwähnenswertes Problem geht die Sowchosen (Staatsgüter) an. Schon in den vergangenen Jahren berichtete die Sowjetpresse laufend über die ständig wachsende Zahl der mit Defizit arbeitenden Sowchosen. Auf den ersten Blick ist diese Erscheinung unverständlich, weil bekannt ist, daß die Sowchosen bevorzugt mit Investitionen, technischer Ausrüstung und Chemikalien versorgt wurden. Dazu kommt noch das ideologische Moment, daß die Kommunisten die Staatsgüter als „höchste sozialistische Eigentumsform“ auf dem Lande betrachten. Was stellte sich aber heraus? 1963 waren 70 Prozent aller Sowcho-

sen Defizitbetriebe! Die Zeitungen schlugen Lärm. Sie beschuldigten die Leitung der Staatsgüter, daß sich auch bei ihnen die Tendenz zur „Selbständigkeit“ bemerkbar mache ²³⁾.

Der Beispiele gäbe es noch genug. Im Grunde genommen stellen alle diese Artikel, Leserbriefe und andere Dokumente einen Versuch dar, die Landwirtschaft von der primitiven Diktatur der bürokratischen Apparate zu befreien und für Kolchosen und Sowchosen mehr Entscheidungsfreiheit zu erzwingen. Ferner will man die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Staat neu gestalten, wobei die noch aus der Stalinzeit stammende rücksichtslose Ausbeutung durch ein rationelles System ersetzt werden soll, das beiden Seiten gerecht wird und die Landwirtschaft wirklich weiter bringt. Die Vertreter der Landwirtschaft nehmen also die Erklärungen der neuen Parteiführer über die größeren Rechte der in der Landwirtschaft Tätigen ernst und formulieren darüber hinaus ihre eigenen Vorstellungen und Wünsche.

Im Januar veröffentlichte die *Prawda* wieder eine Erklärung der neuen Führer bezüglich der Landwirtschaftspolitik. Sie wurde von der gesamten sowjetischen Tagespresse nachgedruckt. In dem Artikel wird betont, daß auch 1965 beträchtliche Zuschüsse für die Landwirtschaft aus Staatsmitteln zur Verfügung stehen werden. Sie betragen einschließlich der Eigenmittel insgesamt 12,4 Milliarden Rubel, davon stammen 7 Milliarden Rubel aus dem Staatsbudget. Die Partei will auch die Mechanisierung der Landwirtschaft noch großzügiger unterstützen. Die Erklärung appelliert an die „schöpferische Einstellung“ bei der Lösung verschiedener Landwirtschaftsfragen. Nach ihr sollen Kolchosbauern und Sowchosarbeiter mehr als bisher materiell an ihrer Arbeit interessiert werden. „Jeder Arbeitnehmer auf dem Lande soll davon überzeugt werden, daß, wenn er besser arbeitet, sich mehr Mühe gibt, mehr schafft, der Lohn für seine Arbeit desto höher wird.“ Einen Abschnitt über die Praktiken der vorangehenden Ära wollen wir dem Leser nicht vorenthalten, mangelt es doch darin auch nicht an guten Vorsätzen für die Zukunft. „In den letzten Jahren wurden oftmals unüberlegte schablonenhafte Empfehlungen und verantwortungslose Hinweise über Fragen der Agrotechnik, die Struktur der Anbaufläche, über Viehhaltung usw. gegeben. Entschlossen beseitigte die Partei diese Mängel in der Leitung der Landwirtschaft und unterstützte die schöpferische Initiative der Werktätigen auf dem Lande. Sie stellte sich

²¹⁾ Besonders wichtig für dieses Problem ist der Artikel in „Selskaja Shisnj“ vom 26. November 1964. Er ist von zwei Kolchosvorsitzenden und einem Parteisekretär unterzeichnet.

²²⁾ Selskaja Shisnj, 15. 12. 1964.

²³⁾ Siehe z. B. Iswestija, 25. 11. 1964.

die Aufgabe, den Kolchosen und Sowchosen nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten bei der Organisierung und Planung ihrer gesellschaftlichen Produktion beizustehen. Nicht Kommandieren, nicht Administrieren, sondern die Initiative mit allen Mitteln entwickeln und fördern, den Bauern und Viehzüchtern die richtigen Wege für die Lösung der großen Aufgaben, die die Kommunistische Partei und die Regierung der Landwirtschaft gestellt haben, aufzeigen, das ist die Garantie für Erfolg.“²⁴⁾

Diese Botschaft wird sicher sehr gern von der sowjetischen Landbevölkerung gehört. Es wäre aber vergebliche Liebesmüh, einen einzigen konkreten Hinweis darauf zu suchen, wie die neue Linie — nicht Administrieren, nicht Kommandieren usw. — verwirklicht werden soll. Vielleicht haben wir es auch hier mit einer ähnlichen Situation wie in der Industrie zu tun, nämlich, daß die Partei erst einmal die Diskussion über bestimmte Fragen entfachen will, um dann auf dieser Basis die Probleme konkreter zu formulieren.

Die Rechenschaftsberichte in den Wahlversammlungen der Kolchosen vom Januar lassen aber wenig Gutes erhoffen. Zwar findet sich in den Zeitungen nur wenig Material darüber, aber es reicht völlig aus, um die Frage zu beantworten: „Ist in diesen Versammlungen irgendein neuer Gedanke aufgetaucht, eine Vorstellung, wie es nun besser gemacht werden soll?“ Dabei sei daran erinnert, daß die Kolchosen laut Statuten eine Art Genossenschaften sind, bei welchen die Mitgliederversammlung das höchste Organ ist. In Wirklichkeit kann aber von einer „Kolchosdemokratie“ keine Rede sein. Daß sich der sowjetische Bauer in den Kolchosen als ein Fremder fühlt, ist nicht nur eine Folge der geringen materiellen Vorteile, sondern auch der politischen Situation, wie sie auf dem Lande besteht. Der Kolchosbauer hat in den Kolchosen absolut nichts zu sagen. Ein Parteiorgan bestätigte es selbst: „Es wurden Tatsachen bekannt, wonach in den Rechenschaftswahlversammlungen die Vertreter der Rayonsorganisationen die Kolchosdemokratie verletzten, indem sie den Mitgliedern der Versammlung einige Vorschläge von oben aufzwingen oder versuchten, eine Person für den Posten des Vorsitzenden der Kolchose vorzuschlagen, die keine Autorität besitzt und sich bereits auf anderen Posten kompromittiert hat.“²⁵⁾

Kulturelle Fragen

Nach Chruschtschows Sturz haben sich die Beziehungen zwischen Partei und Schriftstellern und Künstlern nicht geändert. Es erschienen einige Artikel, in denen die Partei sich weiterhin zum „sozialistischen Realismus“ bekennt und für die „Parteilichkeit“ von Literatur und Kunst eintritt. Neues gibt es nicht in der Parteipolitik, sondern nur bei den Schriftstellern selbst. In der letzten Zeit erschienen in Literaturzeitschriften wieder Novellen, Gedichte und Romane jener jungen Schriftsteller, die von Chruschtschow seinerzeit stark angegriffen wurden. Es scheint also, daß die Redaktionen der Literaturzeitschriften zur Zeit wieder etwas selbstsicherer sind. Erwähnenswert ist der Roman des russischen Schriftstellers W. Solouchin, der in der November/Dezembernummer 1964 der Zeitschrift *Molodaja Gwardia* unter dem Titel „Matj — matsocha“ („Mutter — eine Stiefmutter“) veröffentlicht wurde. Dieser Roman behandelt die Unterdrückungsmaßnahmen nach 1945 und spielt hauptsächlich in Studentenkreisen. Erstmals taucht hier in der sowjetischen Schönen Literatur eine Kritik an der „Shdanowtschina“ auf, d. h. jener „Kulturpolitik“, die Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg auf allen Gebieten der Kultur und Wissenschaft forcierte und der ihr Vollstrecker, Andrej Shdanow, den Namen gab. Solouchin schildert das Leben von Studenten, die 1946 kurz nach den Beschlüssen der Partei über die Zeitschriften „Swesda“ und „Leningrad“ und nach der Kritik an der bekannten Schriftstellerin Achmatowa, an dem Satiriker Soschtschenko und anderen verhaftet wurden.

Bemerkenswert auf kulturellem Gebiet sind auch die weiteren Rehabilitierungen. Die Veröffentlichung der Biographien der Stalin-Opfer wurde kurz nach dem Sturz Chruschtschows gestoppt; aber schon im November erschienen mehr solche Lebensbeschreibungen denn je. Ihre Zahl geht bereits in die Hunderte. Auffallenderweise wurde jedoch eine Reihe besonders interessanter Lebensläufe erst nach Chruschtschows Abtreten veröffentlicht. Meist handelt es sich um politische Führer; aber in vielen Fällen sind es auch von Stalin liquidierte Schriftsteller, hauptsächlich aus der Ukraine, aus Transkaukasien und Mittelasien.

Hier sei auch noch auf die Versuche hingewiesen, die Chruschtschowsche *Schulreform* (1958) zu revidieren. Schon die Vorbereitungen zur Demontage des Chruschtschowschen Erbes im Schulwesen werden offenbar sorgfältig überlegt. In den letzten vier Monaten konnte man dabei eine zweigleisige Entwicklung feststellen. Zunächst handelt es sich um die von Par-

²⁴⁾ Prawda, 4. 1. 1965.

²⁵⁾ Partijnaja Shisnj, Nr. 1, Januar 1965.

tei und Regierung beschlossenen vorbereitenden Maßnahmen. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR und die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR bildeten gemeinsam eine Kommission, die sich mit der Reform der Lehrpläne für die Mittelschulen befaßt. Diese Kommission besteht aus 15 Abteilungen. Es ist vorgesehen, bis zum Mai 1965 die erste Etappe der Arbeiten zu beenden. Die Tätigkeit dieser Sonderkommission ist sehr vielseitig. Im Vordergrund steht die Notwendigkeit, die Schulprogramme dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik anzugleichen, verschiedene didaktische Fragen zu lösen, veraltetes Material aus den Programmen zu entfernen usw. Aber auch die Frage der Beziehungen zwischen Allgemeinbildung und dem sogenannten Produktionsunterricht wird behandelt. Die neue Führungsspitze will sichtlich das weitere Schicksal der Chruschtschowschen Schulreform erst einmal in die kompetenten Hände der Pädagogen und Wissenschaftler legen. Von dieser Seite erwartet sie entsprechende Reformvorschläge. Vieles spricht dafür, daß schon mit Beginn des Schuljahres 1965/66 verschiedene Veränderungen des sowjetischen Schulsystems zu erwarten sind ²⁶⁾.

Viel interessanter ist jedoch die Kritik an der Chruschtschowschen Schulreform, die zur Zeit auf gesellschaftlicher Ebene im Gange ist. Auffallend ist besonders der Beitrag eines Prawda-Mitarbeiters aus Kaluga, der im Januar erschien. Der Prawda-Korrespondent führte mehrere Gespräche mit Kindern und Eltern. Die Kinder, die ihre Produktionspraxis als Schlosser oder Dreher ableisteten, erklärten, daß sie keine andere Wahl hätten. Auf die Frage, ob jemand diesen Beruf nach Beendigung der Schule weiter beibehalten wolle, fiel die Antwort: „Fast niemand“. Auch andere Beispiele zeigen, daß die Chruschtschowsche Schulreform wenig Sinn hatte. Der Korrespondent der Prawda schloß mit folgender Feststellung: „Das unbegründete Hin und Her in der Organisation, das in letzter Zeit die verschiedenen Wirtschaftszweige des Landes erfaßt hat, hat nun auch auf die Schule übergreifen. Selbstverständlich muß man die Fehler ohne Hast, ohne voreilige Beschlüsse und wohl durchdacht mit Hilfe einer soliden Analyse und unter Berücksichtigung alles dessen, was die Erfahrung gelehrt hat, beseitigen.“ ²⁷⁾

Auch die Universitäten und Hochschulen beginnen immer lauter über die Chruschtschow-

²⁶⁾ Aus einer Information über die Tätigkeit dieser Kommission in Radianska Oswita vom 9. Januar 1965.

²⁷⁾ Prawda, 6. 1. 1965.

sche Schulreform zu klagen. Im Leitartikel des Organs des Ministeriums für hoch- und mittlere Fachschulbildung der UdSSR, *Westnik wyschej shkoly*, vom Dezember 1964 wird eine bedeutende Einschränkung der Produktionsarbeit der Studenten verlangt. Prinzipiell ist man nicht für die Abschaffung der Produktionsarbeit, es werden aber Vorschläge für eine „optimale Vereinigung der theoretischen Ausbildung mit der Produktionsarbeit“ gemacht.

Der Konflikt mit China

Wie bereits erwähnt, warnten die chinesischen Kommunisten Moskau vor einer Fortsetzung des „Chruschtschowismus ohne Chruschtschow“. Dieses Schlagwort paßt nicht für die jüngste Entwicklung. Diese stand, wenigstens innenpolitisch, tatsächlich im Zeichen der Abschaffung verschiedener Reformen und Institutionen aus der Zeit Chruschtschows, und auch der Arbeitsstil hat sich seither geändert. Doch alle diese Bemühungen fanden nicht den Beifall der chinesischen Kommunisten, die sich eher darüber ärgerten. In der vorliegenden Arbeit kann nicht auf die Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik nach Chruschtschows Fall eingegangen werden und ebenso wenig auf die Veränderungen in der internationalen kommunistischen Bewegung. Notwendig erscheint es uns jedoch, wenigstens einige Grundprobleme der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung nach Chruschtschows Sturz aufzuzeigen.

Immer mehr bestätigt sich, daß die wichtigste Ursache der Verschärfung des sowjetisch-chinesischen Konfliktes, nach dem heutigen Stand der Dinge, im unterschiedlichen Entwicklungsgrad der sowjetischen und chinesischen Gesellschaft zu suchen ist. Die chinesischen Kommunisten haben zum Beispiel im IX. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU „Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt“ die Maßnahmen zur Erhöhung des materiellen Interesses als Rückkehr zur bürgerlichen Ideologie bezeichnet.

Der Vorwurf, den man Chruschtschow macht, ist folgender: „Mit seiner eifrigen Propaganda für das materielle Interesse machte er alle Beziehungen zwischen den Menschen zu Geldbeziehungen, förderte Individualismus und Egoismus.“ Nach Chruschtschows Sturz wurde die Einführung eines Systems des materiellen Interesses der Arbeiter, Angestellten und Bauern zum dringendsten Problem, das in der nächsten Zeit gelöst werden muß. Die Parteiführung betonte inzwischen mehrmals, daß sie die Erhöhung des materiellen Interesses als

wichtigen ökonomischen Hebel zur Verbesserung der Lage in der Industrie und den landwirtschaftlichen Betrieben betrachtet.

In dem chinesischen Dokument heißt es, daß Chruschtschow „die sozialistische Planwirtschaft sabotierte, das kapitalistische Profitgesetz anwendete, die freie kapitalistische Konkurrenz förderte und das sozialistische Volkseigentum unterminierte“. Man kann sich vorstellen, wie die chinesischen Parteitheoretiker schäumen werden, wenn sie von der Einführung des Profitmechanismus in dem Betriebe, der Kommerzialisierung der Kolchosen und Sowchosen und den Zugeständnissen an die Nebenwirtschaften usw. lesen.

Im Mittelpunkt des ideologischen Disputes zwischen Moskau und Peking steht die Frage der sogenannten „Aufhebung der Diktatur des Proletariats“ in der Sowjetunion. Wie bekannt, wurde auf dem XXII. Parteitag erklärt, daß der Sowjetstaat ein „Staat des ganzen Volkes“ und die These über die Diktatur des Proletariats für die Sowjetunion heute überholt sei. In dem aufgeführten chinesischen Kommentar befindet sich ein ganzes Kapitel unter dem Titel „Widerlegung der Behauptung vom sogenannten Staat des ganzen Volkes“. Dort heißt es unter anderem: „Wenn Chruschtschow die Aufhebung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion proklamiert und den sogenannten ‚Staat des ganzen Volkes‘ verkündet, so zeigt das gerade, daß er die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat durch bürgerliche Lügen ersetzt hat.“

In der Sowjetunion sind seither mehrere politische Artikel erschienen, die sich mit den chinesischen Kommunisten auseinandersetzen. Sie beziehen sich auf die Kritik des „Linksradikalismus“, auf die Taktik in den Entwicklungsländern, auf die Außenpolitik, die Rolle des COMECON und verschiedene Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung. Für die Position der sowjetischen Kommunisten gegenüber den chinesischen von besonderer Bedeutung ist der Artikel „Ein Staat des gesamten Volkes“, der in der *Prawda* vom 6. Dezember veröffentlicht wurde. Die neuen sowjetischen Führer bekennen sich voll und ganz zur These der „Erschöpfung der Diktatur des Proletariats“ in der Sowjetunion. Die Gegner des Volksstaates werden als „Dogmatiker“ bezeichnet, „die nicht gewillt sind, auf ihre gewohnten Formeln zu verzichten“. Es wird behauptet, daß der Übergang zum Volksstaat keine typisch sowjetische Erscheinung ist, sondern jede „sozialistische“ Gesellschaft müsse in einer bestimmten Entwicklungsphase einen ähnlichen Weg beschreiten. Der *Prawda*-Artikel machte den Chinesen folgenden schweren Vorwurf: „Unsere Partei

weiß aus eigener Erfahrung, wer — und aus welchem Grund — daran interessiert war, jede Leitung mit Diktatur gleichzusetzen und auf der These zu beharren, der Klassenkampf werde nach Beseitigung der Ausbeuterklassen fortgesetzt (und verschärfe sich sogar). Dies sind typische Methoden, um Voluntarismus, Willkür und Gesetzlosigkeit zu rechtfertigen, die der Ideologie und Praxis des Personenkults eigen sind.“

Dynamik und Richtung der innerpolitischen Entwicklung in der Sowjetunion vertiefen automatisch die Kluft zwischen Moskau und Peking. Das hat mit der Person Chruschtschows nichts zu tun. Sein Person war vielleicht für einige nicht notwendige demagogische Auswüchse verantwortlich zu machen, nicht aber für das Wesen der großen Auseinandersetzung im kommunistischen Lager.

Zusammenfassung

Chruschtschows Sturz hat die in der Sowjetunion schon seit Stalins Tod bestehende „schöpferische Unruhe“ noch auffallend verstärkt. Eine Belebung des sozialkritischen Denkens, eine Ermunterung zur Initiative — das alles sind Bestandteile dieser wachsenden „schöpferischen Unruhe“. Die neue Führung der KPdSU hat in diesen vier Monaten noch keinen konstruktiven Plan entwickelt, aus dem konkret zu ersehen wäre, auf welche Weise sie die Durchführung ihrer Versprechungen in der Praxis verwirklichen will. Einerseits ist die Zeitspanne noch zu kurz, andererseits ist die neue Führung mit der Beseitigung verschiedener Chruschtschowscher Reformen vorerst vollauf beschäftigt. Alles, was in Zusammenhang mit der Aufhebung der Parteireform vom November 1962 im Dezember 1964 und im Januar dieses Jahres geschehen ist, war keinesfalls eine leichte Aufgabe. Vielleicht ist das auch der Grund dafür, daß die Zahl der positiven Beschlüsse so gering war und sich hauptsächlich auf sekundäre Probleme bezog.

Die Schwierigkeiten für die neue Spitze wurden noch dadurch verstärkt, daß die sowjetische Gesellschaft in den letzten Jahren immer deutlichere Merkmale einer bis zu einem gewissen Grade „pluralistischen“ Gesellschaft aufwies. Dieser Differenzierungsprozeß begann noch unter Chruschtschow. Er erschöpft sich natürlich nicht in einer naiven mechanischen Aufteilung der Parteibürokratie in Wirtschaftsfunktionäre und Apparatschiks, sondern ist das Produkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die mit jedem Schritt der Modernisierung immer deutlicher in Erscheinung tritt. Auf diesem Hintergrund entstanden im Rahmen der Gesellschaft gewisse Gemeinschaften,

die unter dem Blickwinkel ihrer Interessen zu einer entsprechenden Neuorientierung der Politik der KPdSU drängten. Diese große gesellschaftliche Umstrukturierung zwingt die KPdSU zu einer ständigen Überprüfung ihrer Herrschaftsmethoden. Chruschtschows Sturz hat die Aktivität dieser Gruppen beflügelt. Auf die Fronde der Betriebsdirektoren, Kolchosvorsitzenden und Sowchosleiter wurde bereits hingewiesen. Ihre verschiedenen und oft weitgehenden Vorschläge streben Veränderungen und Korrekturen des sowjetischen Systems an. Die Entwicklung hat einen äußerst komplizierten Stand erreicht und deswegen müssen die ständigen Erklärungen der sowjetischen Führer, daß sie in Zukunft ruhig, ohne Hast und auf die Wissenschaft gestützt handeln wollen, ernst genommen werden. Mit Chruschtschows Fall ging eine widerspruchsvolle, von einem Zickzack-Kurs beherrschte Etappe zu Ende und wurde abgelöst von einer solchen des *nüchternen Realismus*. Die chaotischen Zustände in Industrie und Landwirtschaft, die hauptsächlich im Zusammenhang mit der Aufhebung einiger Chruschtschowscher Reformen aufgetreten sind, werden sich wieder beruhigen, weil sie — davon sind wir überzeugt — nur eine vorübergehende Erscheinung sind. Chruschtschow war eine merkwürdige Erschei-

nung. Einerseits bekundete er mehrmals, daß er ein Gegner aller Schönfärberei sei, aber gleichzeitig liebte er es sehr, in seinen zahlreichen und langen Reden ein „Bei uns stehen die Dinge prächtig“ anzubringen. Diese Phrase kehrte immer wieder. Vielleicht ist der jetzt in Mode kommende nüchterne Realismus nur die Kehrseite dieser Schönfärberei Nikitas.

Ganz offensichtlich soll die Modernisierung des sowjetischen Managements das Rückgrat der zukünftigen Entwicklung der Sowjetunion bilden. Auf die großen Diskussionen über die Wege dieser Modernisierung wurde bereits hingewiesen. Zum Schluß stellt man sich berechtigterweise die Frage: „Und wie steht es um die Demokratisierung des sowjetischen Systems?“ Die Antwort kann nur subjektiver Natur sein. Alles spricht aber dafür, daß dieses Problem nicht in den Augen der heutigen sowjetischen Elite als zweitrangig erscheint, sondern auch vom einfachen Bürger so betrachtet wird. Zweckoptimismus ist also nicht angebracht. Nichts ist notwendiger, als die Entwicklung in der Sowjetunion noch sachlicher als bisher und so vorurteilslos wie möglich zu beobachten, denn die Aussichten für eine Vergrößerung der Macht des Sowjetstaates sind heute viel realer als es in der Ära Chruschtschow der Fall war.

Zur kommunistischen Konzeption des „neuen Menschen“

Der folgenden Studie ging der Aufsatz „Der ‚neue Mensch‘ des Kommunismus“ (Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/63, vom 12. 6. 1963) voraus. Der Autor ist der Meinung, daß ihm dort insofern ein Fehler unterliefe, als er auf Seite 13 — wenn auch nur in Klammern — schrieb: „Ohnehin gilt ja der kommunistische Parteifunktionär als das Urbild des neuen Menschen.“ Diese Bemerkung habe eine von Chruschtschow in die Politik des Sowjetkommunismus eingeführte Neuerung von großer Bedeutung verdeckt. Die nachstehende Arbeit beginnt daher mit ihrer Korrektur und führt dann die Überlegungen der ersten fort.

Wir veröffentlichen diesen Aufsatz als interessanten Diskussionsbeitrag, wenngleich nicht alle seine Gedankengänge oder Schlußfolgerungen — wie oftmals bei den an dieser Stelle abgedruckten Arbeiten — sich mit der Meinung des Herausgebers decken.

Wo bleibt das Modell?

Man sollte annehmen, daß überall da, wo der Kommunismus einen „neuen Menschen“ zu formen versucht, der kommunistische Funktionär als Ur- und Vorbild dient. Seltsamerweise ist das nicht der Fall. Der Verfasser hat die kommunistischen Veröffentlichungen seit Stalins Tod vergebens nach Hinweisen in dieser Richtung durchsucht. Das Fehlen des Funktionärstyps als Vorbild — nicht mit dem Fehlen eines Vorbilds für den Funktionär zu verwechseln — gehört zu den bemerkenswertesten Widersprüchen in der Konzeption des „neuen Menschen“. Wenn nämlich die kommunistischen Führer selber außerstande sind, das Modell des „neuen Menschen“ abzugeben, so bewegt sich diese Konzeption in einem leeren Raum. Eine Erziehung, die auf Umformung zielt, ist im allgemeinen nur an Vorbildern möglich — die nicht erst im gleichen Moment, da diese Erziehung beginnt, hervorgezaubert werden können. In diesem Fall bleibt nur die Zuflucht zu Ersatz-Idolen übrig. Und in der Tat: sie werden in Gestalt der sowjetischen Astronauten, um die ein neuer Heldenkult begonnen hat, bereits auf die Denkmalssockel gesetzt, die einst Stalin vorbehalten waren.

Der Astronautenkult

Der Zusammenhang ist schwer übersehbar. Das Idol eines einzigen Menschen, der unfehlbar wäre, wurde mit Stalins posthumer Sturz und der ständigen Anklage des Persönlichkeitskultes suspekt. Deshalb wird der Stalin-kult durch den Astronautenkult ersetzt, also auf eine Mehrzahl von Personen und darüber hinaus auf eine wachsende Personenzahl verteilt, wodurch die Mängel des einen Helden durch die Vorzüge des anderen verdeckt oder

ausgeglichen werden können. Als Gesamtidol sind die Astronauten untereinander austauschbar, wie sie auch nach außen hin als stellvertretende Idole fungieren, indem einmal dieser, einmal jener in den Vordergrund tritt und die Phantasie beflügelt.

Chruschtschows Nachfolger haben den Astronautenkult — jedenfalls bisher — im großen und ganzen nur jener Affekte entkleidet, die auf die gleichzeitige Glorifizierung des Parteiführers zielten. Chruschtschow hatte den Astronautenkult bei den Empfängen für zurückgekehrte Piloten von Weltraumschiffen mit einem neuen Persönlichkeitskult um sich selber verknüpft, indem er ihn zur Hervorhebung und Zurschaustellung seiner eigenen Person benutzte. Beispielsweise war er, wenn die jeweiligen Kosmonauten dem Diplomatischen Korps vorgestellt wurden, der Kosmonautengruppe stets allein gefolgt (nun schließt sich das gesamte Parteipräsidium an) und bei der obligatorischen Stadtfahrt war er den Kosmonauten in seinem Wagen stets vorangefahren (während nun das Parteipräsidium nach den Kosmonauten durch die Straßen Moskaus fährt).

Durch das Zurücktreten des Parteiführers ist aber der Astronautenkult fast automatisch noch mehr in den Vordergrund gerückt, und zwar ungeachtet dessen, daß der bombastische Aufwand gedämpft worden ist. Nach wie vor nimmt er in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften breiten Raum ein. Chruschtschows Sturz hat seine Funktion für die KPdSU nicht gemindert. Der neue Persönlichkeitskult um Chruschtschow stand seiner Entfaltung als Stimulans für die Erziehung des „neuen Menschen“ sogar im Wege. Daß Chruschtschows Nachfolger nicht daran denken, den Versuch zur Formung eines „neuen Menschen“ aufzugeben, hat Breschnew schon in

seiner Rede vom 6. 11. 64 betont. Er bezeichnete ihn sogar als „Mittelpunkt“ der Arbeit zum „Aufbau einer neuen Gesellschaft“¹⁾.

Die Betonung des Kollektiven

Der Übergang vom Einzel- zum Kollektividol entspricht dem formalen Wechsel von der Diktatur eines einzelnen zur „kollektiven Führung“. Er hat aber auch insofern aktuellen Sinn, als er das Wesen des „neuen Menschen“ unterstreicht, der statt eines Mitglieds der Gesellschaft — also eines selbstverantwortlichen und mitbestimmenden Individuums — nur noch eines ihrer zahllosen Glieder sein und damit auf eine Funktion reduziert werden soll, die jegliche Eigenbestimmung ausschließen würde. Glied und Mitglied sind zweierlei und durch alles, was das spezifisch Menschliche ausmacht, voneinander getrennt.

In diesem Sinne war es — obwohl für westliche Leser befremdend, wenn nicht absurd — nur logisch, als die sowjetische Zeitung „Iswestija“ im Rahmen einer Diskussion über moderne Menschen von den sowjetischen Astronauten im Hinblick auf die Jugend schrieb:

„Titows und Gagarins Heldentaten sind ihrer Natur nach eine Massentat (Hervorhebung vom Verf.). Jeder unserer Jungen kann ein Titow, ein Gagarin werden. Unserer Jugend ist das Streben nach Heldentum, nach hohen Taten eigen.“

Als dies veröffentlicht und in der Ostberliner Wochenzeitung „Sonntag“ vom 7. 1. 1962 nachgedruckt wurde, gab es in der Sowjetunion noch keine weibliche Raumfahrerinnen. Jetzt hat auch jedes sowjetische Mädchen ein Ideal aus Fleisch und Blut, das sich, indem sein Abbild auf einen Sockel gestellt wird, unverzüglich in ein Idol verwandelt. Jedes sowjetische Mädchen kann nun, wenigstens in der Phantasie, eine Valentina Tereschkowa werden. Für die Sowjetführer ist allerdings die lebendige Valentina Tereschkowa sehr viel weniger als ihr Götzenbild wert. Denn alle Menschen haben Fehler, während der „neue Mensch“ schon insofern unmenschlich sein würde, als er ein makellooses Wesen sein soll.

Der diskreditierte Funktionär

Ein Kollektividol hätte allerdings auch der Parteifunktionär sein oder werden können. Aber erstens gibt es zuviel Exemplare davon und zweitens ist er samt seinen Mängeln dem Volk allzu bekannt. Den Ausschlag dürften

¹⁾ Prawda, 7. 11. 1964.

aber zwei andere Erwägungen gegeben haben. Zum einen, daß die in der Sowjetunion — und anderen kommunistischen Ländern — herrschende Funktionärsschicht zu einem großen Teil schon unter Stalin in verantwortliche Ämter aufgerückt ist, also vom Stalinismus — was die Postenverteilung betrifft — profitierte, zum anderen, daß sie dem Stalinschen Massenterror, obwohl er auch in die Kommunistische Partei große Lücken riß, keinen erwähnenswerten Widerstand geleistet hat.

Dieselben Männer, welche die Jugend wie die Arbeiterschaft der nichtkommunistischen Welt seit Jahrzehnten zu „heroischen Taten“ aufrufen und selbst die Hingabe des Lebens für den Kommunismus verlangen, „wenn die Sache es erfordert“, waren zu feige, sich gegen Stalin, ihren eigenen Tyrannen, zu erheben. Oder waren sie korrumpiert, korrumpiert von der Macht und den Privilegien, die sie genossen? Wahrscheinlich beides.

Angeblich konnte man gegen Stalin „nichts tun“. Man kann gegen totalitäre Tyrannen sehr wohl etwas tun, wenn auch nur unter Einsatz des Lebens, wie deutsche Offiziere am 20. Juli 1944 bewiesen und wie es die mitteldeutsche Arbeiterschaft am 17. Juni 1953 erneut demonstrierte, vom ungarischen Volksaufstand und anderen Ereignissen ganz zu schweigen. Sicherlich hat es auch in der Sowjetunion namenlose Helden gegeben; unter den Parteifunktionären waren sie jedoch kaum zu finden. Eine kommunistische Widerstandsbewegung gegen Stalin hat nur zu Lebzeiten Trotzki existiert, der im August 1940 in Mexiko ermordet wurde. Aber Trotzki gilt noch immer als Parteifeind Nr. 1, und seine Anhänger sanken ins Grab.

Wenn also der Parteifunktionär als Modell des „neuen Menschen“ fehlt, so drückt sich darin eine strukturelle Schwäche des kommunistischen Systems und die Diskreditierung der Funktionärsschicht aus, vor allem, soweit sie der älteren Generation angehört. Nichts hat die Sowjets an der Erkenntnis vorbeigeführt, daß der Parteifunktionär untauglich geworden ist, die Idee des „neuen Menschen“ zu repräsentieren. Der sich auf diese Weise manifestierende Widerspruch im Rahmen eines politischen Systems, das von Berufsfunktionären monopolistisch gelenkt wird, tritt um so schärfer hervor, als Chruschtschow auf dem 22. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 verkündete, die Kommunistische Partei müsse das „Modell“ der künftigen „gesellschaftlichen Selbstverwaltung sein, in die die Sowjetunion auf dem Wege zum „Vollkommunismus“ hinüberwache. Der Parteikern oder „Apparat“ setzt sich jedoch aus

Funktionären zusammen. Wie soll die Partei ein Modell sein, wenn es die Funktionäre nicht sind? Obwohl Chruschtschow im Oktober 1961 die Formung des „neuen Menschen“ zu einer unmittelbar anstehenden Frage der Praxis erklärte, hat er dieses Rätsel bis zu seinem Sturz nicht gelöst; auch seine Nachfolger bleiben uns die Antwort schuldig.

Eben deshalb, weil diese „Frage der Praxis“ auf den Nägeln brennt, während der Parteifunktionär als Modell nicht zur Verfügung steht, war man gezwungen, nach einem Surrogat-Idol zu suchen. Die Astronauten erscheinen hierfür als das geeignetste Objekt. Des enthusiastischen Interesses wegen, das die Raumfahrt findet; weil sie zu der vom Stalinismus unbelasteten jüngeren Generation gehören; weil sie einem strengen Ausleseverfahren unterliegen und — weil sie keine Berufsfunktionäre sind, die dem Volk von vornherein verdächtig wären; vor allem aber, weil speziell die Jugend angesprochen werden soll, an deren Formung und Umformung in erster Linie gedacht wird, wenn vom „neuen Menschen“ die Rede ist. Die Möglichkeit nämlich, auch aus der mittleren und älteren Generation im kommunistischen Herrschaftsbereich einen neuen Menschentypus zu kneten, wird von den kommunistischen Parteiführern bereits als sehr gering bewertet oder ganz verneint.

Am bezeichnendsten hierfür war eine Rede des sowjetischen Chefideologen Iljitschew, die er am 19. 10. 1962 vor Wissenschaftlern hielt:

„N. S. Chruschtschow stellt ... häufig folgende Frage, welches Problem praktisch und theoretisch vorrangig sei: das der Umerziehung oder das der Erziehung? Welches Problem sollte man in den Vordergrund stellen? Die Umerziehung, die eine zeitlang als eine der Hauptaufgaben galt, ist keine Heldentat, sondern das objektive Eingeständnis von Versäumnissen in der ideologischen Erziehungsarbeit und die Aufforderung, diese Versäumnisse wiedergutzumachen. Ist es nicht besser und richtiger, den Akzent vom Kindesalter an (!) auf die Erziehung zu legen, damit nach Beendigung der Oberschule oder gar der Hochschule nicht moralische Mißgeburten (!) zum Vorschein kommen, die man umerziehen muß ...?“²⁾

Aus diesem Aspekt wurde die allgemeine Internatserziehung der sowjetischen Jugend beschlossen und in Angriff genommen, damit die Formung des „neuen Menschen“ unter

direkter Partei- und Staatsaufsicht bei gleichzeitiger Ausschaltung der elterlichen Erziehungsrechte erfolgen könne. Die Jugend soll „erzogen“ werden, während man sich bei den älteren Generationen einschließlich der Lehrer, welche die Jugend erziehen sollen, auf „Umerziehung“ beschränkt.

Das Zukunftsziel sieht, wie Iljitschew in derselben Rede sagte, so aus,

„daß jeder Sowjetmensch den kommunistischen Ideen mit Hirn und Herz ergeben sei, den Sinn seines Lebens im Kampf um ihre Verwirklichung sehe und dem Kampf für den Kommunismus alle (!) seine Kräfte, seine Energie und seinen Verstand widme.“

Man ist sich offensichtlich mehr oder weniger darüber im klaren, daß dies, wenn überhaupt, erst nach dem Aussterben des „alten Menschen“ erreicht werden könnte.

Ein Rest des Ungeklärten

Wir werden weiter unten prüfen, ob nicht tatsächlich für den Kommunismus eine Chance bestünde, die Konzeption des „neuen Menschen“ zu verwirklichen, wozu wir gerade jenes Modell nehmen wollen, das der zeitgenössische Kommunismus vermied: das Modell des Parteifunktionärs. Der Verfasser kann hierbei von seinen persönlichen Erfahrungen eines siebenjährigen, täglichen Umgangs mit kommunistischen Funktionären und seinen Erlebnissen nach dem Bruch mit dem Kommunismus ausgehen.

Wir wählen das Modell des kommunistischen Parteifunktionärs um so lieber und bewußter, als es von den kommunistischen Führern aus den skizzierten und womöglich noch anderen Gründen beiseite geschoben worden ist, wodurch in der Planung des „neuen Menschen“ eine Lücke entstand. Denn noch immer bleibt ein Rest des Ungeklärten, der sich um den Schleichweg zum „neuen Menschen“ rankt, wie er über den Astronautenkult eingeschlagen worden ist.

Hätten die kommunistischen Führer nicht gut daran getan, trotz aller theoretischen Einwände und praktischen Schwierigkeiten den Parteifunktionär als Typus des „neuen Menschen“ zu wählen? Gewiß, als Idealtyp fällt er aus, aber fällt er auch als Typ schlechthin aus, der sich vermehren und ausbreiten könnte? Wir glauben: nein! Die kommunistischen Parteien haben die ungewöhnliche Fähigkeit entwickelt, einen bestimmten Menschentypus zu formen. Nur über diesen Typus könnte unseres Erachtens — wenn überhaupt — die Herausbildung eines „neuen Menschen“ er-

²⁾ Ostprobleme, 3. 5. 1963, S. 259.

folgen. Deshalb ist es im Zusammenhang unseres Themas so überaus wichtig, die gestellten Fragen zu erörtern. Ihre Lösung käme einem Schlüssel gleich.

Zunächst wollen wir jedoch den Rest des Ungeklärten zu klären versuchen. Zu diesem Zweck weisen wir auf Sinkòs „Moskauer Tagebuch“ hin, das unter dem Obertitel „Roman eines Romans“ erschienen ist. Aus diesem Tagebuch ergibt sich nämlich unzweideutig, daß unter Stalin der Parteifunktionär das Modell des „neuen Menschen“ war und Stalin selbst als sein genialer Prototyp galt. Das ist der eigentliche Inhalt des Persönlichkeitskultes gewesen, der wiederum nur ein Aspekt des Stalinismus als Gesamtsystem war. Chruschtschow forcierte eine neue Version des Personenkultes im Mantel des Kollektividols, und Breschnew scheint ihm auf diesem Wege zu folgen. Die Konzeption des „neuen Menschen“ muß, wenn sie folgerichtig, also Schritt für Schritt, in die Praxis übersetzt werden soll, zur Herausstellung und Glorifizierung von Einzelpersonen führen, die sich dem Ideal des „neuen Menschen“ nach Meinung der Parteiführer am weitesten angenähert haben. Für alle jene aber, die hinter diesem Ideal mehr, als ihnen zugestanden wird, zurückbleiben, hebt eine neue Periode des Drucks und der Gängelung an. Der Plan, einen „neuen Menschen“ zu formen, kann sogar zu einem neuen Instrument des Terrors werden, denn mit ihm werden an den lebenden Menschen über- und außermenschliche Kriterien angelegt, denen die große Mehrheit der Zeitgenossen nicht gewachsen sein dürfte.

Die Neuerung im Verhältnis zu Stalin, welche Chruschtschow in die kontinuierliche Linie des „neuen Menschen“ einführte, hat darin bestanden, daß er den Blick vom Funktionär auf die Jugend verlegte.

Am furchtbarsten und bedrohlichsten an der sowjetischen Entwicklung zu Lebzeiten Stalins war, daß sich unter dem Bleigewicht des physischen, psychologischen und ideologischen Terrors tatsächlich ein neuer Menschentypus abzuzeichnen begann, wie Sinkò an einer ganzen Reihe von Beispielen nachweist. Allerdings trifft dies im großen und ganzen nur für den inneren Kreis der Partei zu. Der einfache Sowjetbürger scheint von dieser Typusbildung so gut wie unberührt geblieben zu sein.

Mit diesem Stand der Dinge konnte sich die Parteiführung jedoch nicht begnügen; denn das Konzept des „neuen Menschen“ zielt auf die Konformität mit dem politischen System, die bei den Parteimitgliedern im allgemeinen ohnehin vorauszusetzen war. Das Kon-

zept ist unter anderem darauf gerichtet, die parteilose Bevölkerung auf das „Niveau“ — also auf das politische Bewußtsein oder vielmehr den kommunistischen Geist — der Partei „anzuheben“, um das gefährliche Gefälle zwischen beiden einzuebnen. Aber nach den schlechten Erfahrungen mit der älteren Generation der parteilosen Bevölkerung scheint ein solches Ziel nur bei der Jugend erreichbar. Hier dürfte das im Hintergrund wirkende Hauptmotiv für die Verlagerung des Schwergewichts von der Partei auf die Jugend zu suchen sein. Streng genommen hat der Stalinismus selbst die Abdankung des Parteifunktionärs als Idealtypus des „neuen Menschen“ erzwungen, und die Entstalinisierung konnte nur noch ihre Bestätigung sein. Allein die aus der Jugend heranwachsenden Funktionäre können vielleicht eines Tages diese Rolle wieder übernehmen.

Faszination und Tragik des Berufsrevolutionärs

Der Ablösung des Parteifunktionärs als Erziehungsmuster lag jedoch auch eine weitgehend spontane Entwicklung zugrunde. Daß der Parteifunktionär zeitweilig überhaupt Modell des „neuen Menschen“ sein konnte, scheint ein Verdienst des Berufsrevolutionärs gewesen zu sein.

Die Berufsrevolutionäre, zu denen auch Stalin gehörte, waren von Legenden umwoben, die eine mächtige Faszination ausübten — ganz besonders auf die Phantasie der Jugend. Sie galten als die Stählernen schlechthin, im ähnlichen Sinne, wie Robespierre als „der Unbestechliche“ bezeichnet wurde. Vielleicht wäre oder wird die kommunistische Ideologie ohne Berufsrevolutionäre zu einer Frucht ohne Kern, die sich nicht mehr fortpflanzen kann. (Der Verfasser hat die Faszination des Berufsrevolutionärs an sich selber erlebt, was allerdings durch einen romantischen Zug in seinem Wesen begünstigt worden ist. Welcher junge Mensch wäre aber frei von Romantik, die zu den Triebfedern der jugendlichen Energie gehört?)

Der Berufsrevolutionär gedeiht jedoch nur auf dem Boden der Revolution oder einer vorrevolutionären Zeit, in der das Volk von einer quälenden Unruhe gepackt wird und spontan in Bewegung gerät. Wenn die Revolution ausbricht, ist die große Stunde des Berufsrevolutionärs gekommen. Ihr hat er sein Leben geweiht und über Jahre oder gar Jahrzehnte entgegengefiebert. Auf sie hin hat er alle Kräfte angespannt und den Schatz seiner Fähigkeiten gespeichert. Er stürzt sich wie jemand, der sich für unverletzbar hält, in die

Flammen der Revolution, um sie mit seiner Energie und notfalls mit seinem Körper zu nähren. Aber er ist nicht unverletzbar. Die Revolution verzehrt ihn fast, so daß er nach ihr wie ausgebrannt wirkt und oft nur noch seinem eigenen Schatten gleicht.

Solche Berufsrevolutionäre waren Lenin und Trotzki — in der Französischen Revolution scheint nur Saint Just von gleicher Art gewesen zu sein; bei Robespierre brach schon ein bürokratischer und zeremonieller Einschlag durch, von seinem unrevolutionären Pedantismus gar nicht zu reden.

Sowohl Lenin als auch Trotzki waren nach der Oktoberrevolution nicht mehr dieselben wie vorher. Trotzki sank noch mehr als Lenin, der bezeichnenderweise schon im Jahre 1924 starb, in sich zusammen. Seine Zeit war vorbei. Im Grunde trifft das auch auf Lenin zu. Bereits auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im März 1921 erklärte er, daß er das Gefühl eines Chauffeurs habe, dem das Steuer seines Wagens entglitten sei. Dies war das resignierende Wort eines Mannes, der während des revolutionären Oktobersturmes gleich Trotzki wie eine Fackel zu brennen begonnen und damit — wiederum wie Trotzki — Hunderttausende von Menschen in seinen dämonischen Bann gezogen hatte. Vielleicht hätte Lenin unter Stalin, wäre er zwanzig Jahre älter geworden, ein ähnliches Schicksal wie Trotzki erlitten. Vielleicht wäre er als „Parteifeind“ oder „konterrevolutionäres Element“ erschossen worden. So deutete schon Lenins Witwe an.

Stalin war zwar auch ein Berufsrevolutionär, aber von anderer Art als Lenin und Trotzki, die sich trotz vierzehnjähriger Kontroversen unseres Erachtens nicht zufällig während der Oktoberrevolution und in den ersten Jahren danach so ungewöhnlich eng verbanden, daß man ihre Namen gleichzeitig zu nennen pflegte. Stalin war mehr aus dem Holz Robespierres als aus dem von Saint Just geschnitzt — obwohl es gerade Trotzki liebte, sich mit Robespierre zu vergleichen. Stalin war auch mehr ein Mann, der Blut mit Blut zu rächen wünschte — und zwar, wie er selbst sagte, das in Jahrhunderten vergossene Blut (bis zur Hinrichtung Stjenka Rasins zurück) — als in der Revolution ein Ethos zu sehen. Gerade dies ist jedoch das grundlegende Kennzeichen des echten oder „reinen“ Revolutionärs.

Insofern fand sich in Stalins Berufsrevolutionärstum von Anbeginn ein falscher, beklemmender Zug, der in den Vordergrund treten sollte, nachdem der georgische Bolschewik Generalsekretär der Partei geworden und die einzige von ihm respektierte Autorität —

nämlich Lenin — gestorben war. Der revolutionäre Aspekt seines Wesens trat hinter den kleinbürgerlichen Ressentiments zurück, und er holte zu fürchterlichen Schlägen aus, die auch ungezählte Kommunisten — darunter Trotzki — zermalmten. Es gibt also zweierlei Berufsrevolutionäre, und ihr Antipodentum zeichnet eine blutige Spur durch die Geschichte.

Womöglich hätte sich zwischen Robespierre und Saint Just eine ähnliche Rivalität wie zwischen Stalin und Trotzki angebahnt, wären ihre Potenzen nicht durch die gleichzeitige Hinrichtung beider verströmt. Auch sie stellten, wie Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses bemerkten, revolutionäre Antipoden dar.

Welch ein verräterisches Zeichen, daß Robespierre als einziger unter den maßgebenden Revolutionären eine Perücke — das Symbol der feudalistischen Vergangenheit — trug.

Wahrscheinlich wäre die Schreckensherrschaft Robespierres, hätte er die Thermidorianer niedergeschlagen, nur ein Anfang gewesen, wie der rote Terror nach dem Attentat auf Lenin und während des russischen Bürgerkrieges nur ein Vorspiel für noch weit fürchterliche Exzesse unter Stalin war, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen. Und vielleicht hätte Saint Just versucht, Robespierre in den Arm zu fallen. Dann wäre er in eine ähnlich verlorene Situation wie Trotzki gegenüber Stalin geraten.

Denn wenn wir es nun genauer formulieren, so geht nur die Zeit der „reinen“ Berufsrevolutionäre — nicht aber der Bürokraten unter ihnen — mit der Revolution vorüber. Bis zu einem gewissen Grade mag das allerdings auch eine Frage der Anpassungsfähigkeit an die neuen Umweltbedingungen und der Geschmeidigkeit sein. Trotzki fehlte es an beidem. Er war der geborene Revolutionär und blieb es auch in der nachrevolutionären Zeit, womit er in einer postrevolutionären Gesellschaft zu einem Atavismus wurde, der — wie ein Riese in einem Reich von Zwergen — an allen Ecken anzustoßen begann. Infolgedessen legte sich ein immer dichter werdender Ring der Einsamkeit um ihn, den er — außer durch das Mittel der Feder — nur selten und überdies zögernd durchbrach. Nur ab und zu erhob er sich zu seiner ehemaligen Größe, aber er wuchs nun nicht mehr über sich hinaus. Es blieben allein die Theoreme, die er wie Brieftauben in alle Länder der Welt fliegen ließ. Darunter fällt uns — in Berücksichtigung seiner persönlichen Situation — besonders seine Theorie der „permanenten Revolution“ ins Auge, die nach seiner Meinung im internationalen Maßstab gültig war. Könnte seine fana-

tische Predigt der permanenten Revolution außer dem Versuch, die Isolierung der Sowjetunion zu sprengen, nicht auch mit dem Nebenziel verbunden gewesen sein, seine individuelle Isolierung aufzuheben, um erneut in sein Element der revolutionären Flut wie ein Fisch ins Wasser springen zu können?

Die Abgehängten

Das Schicksal der „reinen“ Berufsrevolutionäre übertrug sich vielfach auf das der im revolutionären Ethos verwurzelten Revolutionäre überhaupt. Denn besonders die Angehörigen der „Alten Garde“, die vielfach schon seit 1905 der bolschewistischen Partei angehörten und in der Revolution des gleichen Jahres ihre erste Feuerprobe bestanden hatten, konnte man nicht mehr oder nur noch sehr schwer in Konformisten verwandeln. Männer und Frauen, denen das Rebellieren gegen die Staatsmacht zur Gewohnheit geworden und gleichsam ins Blut übergegangen war, sollten von heute auf morgen zu konservativen Hütern der — wenn auch neuen — Staatsmacht werden können? Eine solche, für Revolutionäre beinahe widernatürliche Metamorphose kam nur in Einzelfällen zustande. Und wer nicht zu diesen Fällen gehörte, blieb meist früher oder später wie ein müde gewordener Teilnehmer einer Marschkolonnie zurück, falls er nicht von der bewaffneten Begleitmannschaft niedergeschossen wurde. Denn in gewissem Sinne handelte es sich nun um einen Gefangenenzug. Die Revolutionäre von einst wurden zu Gefangenen des mit ihrer Hilfe errichteten politischen Systems, weil sie sich geistig noch in der Revolutionszeit befanden und daher in den Netzen des neuen Alltags verstrickten. Sie waren vielfach außerstande, den neuen Anforderungen und Ansinnen zu entsprechen, da sie zu ihren Denkkategorien im Widerspruch standen.

Stalin verfügte daher die Auflösung des Bundes der alten Bolschewiki sowie die Beschlagnahme ihrer Klubs, und nur wenige Angehörige der „alten Garde“ überlebten ihn. Die meisten wurden als „Parteifeinde“ hingerichtet, geächtet oder in Zwangsarbeitslager verschickt — wo ihren kümmerlichen Rest Jahrzehnte danach die Rehabilitierung erreichte, bis auf jene, wie es scheint, die seinerzeit als Anhänger Trotzki verdächtigt worden waren. Wohl niemand hat dieses Drama der abgehängten Revolutionäre mit dichterischen Mitteln exakter eingefangen und erschütternder dargestellt als der junge Pole Marek Hlasko in einer Erzählung und dem aus ihr entstandenen Hörspiel „Friedhöfe“, das auch im deutschen Fernsehen gesendet worden ist. „Wir

wollten das gelobte Land, aber wir sind auf Friedhöfen gelandet!“, sagt ein ehemaliger Partisanenheld mit dem Spitznamen „Bär“, von dem er nichts mehr hören will. Denn „unsere Zeit ist vorbei!“ Die alten kommunistischen Kämpfer müßten zurücktreten und um sich Schweigen auszubreiten suchen. Das Vakuum des Schweigens als letzte Waffe, als Waffe gegen die neuen Herren aus der eigenen Partei! Ein Vakuum des Schweigens, um die „neue Klasse“ zu ersticken. „Man müßte den Kommunismus retten!“, sagt ein anderer ehemaliger Partisan.

Retten vor wem? Vor der kommunistischen Bürokratie, die sich wie ein dichtes Netz über die Gesellschaft legt.

An die Stelle der Berufsrevolutionäre sind die Berufsfunktionäre getreten. Ihre Wurzel ist nicht das Ethos der Revolution, sondern das behäbige Pathos der Macht. Ihre „Universitäten“ waren nicht die Gefängnisse und Verbannungsorte der Zaren, sondern die Doktrinschulen der Partei oder einfach der Hörsaal.

Die Ablösung der Berufsrevolutionäre durch die Berufsfunktionäre war eigentlich nur eine Frage der Zeit und des biologischen Alterns. Sie wurde aber auch gewaltsam beschleunigt, weil Stalin die „alte Garde“ zerschlug, obwohl sie anfangs eher Trotzki — der erst 1917 zu den Bolschewiki stieß — als ihm mißtraute.

Andererseits war die „alte Garde“ das psychologische Rückgrat der Kommunistischen Partei und die lebendige Verkörperung ihres Legendenschatzes, mit dem man vorübergehend zu wuchern verstand. Ihre weitgehende Vernichtung kam dem Ausriß einer Wurzel gleich, die die Partei bis dahin mit dem Volk verband. Als nach und nach fast alle Berufsrevolutionäre und Angehörigen der „alten Garde“ als „Agenten“, „Spione“ und „Abtrünnige“ geächtet wurden, zerstörte die Partei ihre eigene Tradition und damit ihre geschichtliche Glaubwürdigkeit. Wenn selbst diese im Feuer gehärteten Männer dem Feinde erlegen und in seine Dienste getreten waren, wem konnte man dann überhaupt noch trauen? Nur Stalin blieb, und es schien, als sei er ein Fels. Als Ersatz für die durch die Kugel gestorbenen innerparteilichen „Feinde“, die einst seine Kampfgefährten gewesen waren, ließ er seine eigene Legende zu künstlichem Wachstum treiben, so daß sie schließlich das gesamte Land umschlang und sich darüber hinaus wie eine Schlingpflanze um die internationale kommunistische Bewegung wand. Stalin scheute, wie Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KPdSU enthüllte, nicht einmal davor zurück, eine

Schrift über sein Leben eigenhändig umzuformulieren, um sich noch stärker herauszustreichen, als dies ohnehin geschehen war. So erschienen letzten Endes die Sowjetunion und alle Erfolge der Partei als das gewaltige Werk eines einzigen, allmächtigen und unfehlbaren Mannes, dem daher das Tribut der Göttlichkeit gebührte. Dieser Potemkinsche Persönlichkeitskult klang um so hohler, als sich Stalin samt seinen Mitarbeitern, wie etwa Molotow, längst aus Berufsrevolutionären in Berufsfunktionäre verwandelt hatten — nicht mehr mit der Eroberung, sondern mit der Verwaltung der Macht beschäftigt. Was sie taten, modelte sie selbst, denn auch vor ihnen stand die Zeit nicht still. Mit dieser Mauserung verschwanden aus der Sowjetunion auch die letzten Berufsrevolutionäre. Jener bürokratische Keim, der Molotow schon in der vorrevolutionären Zeit im Gesicht geschrieben stand — so daß Lenin einmal gefragt wurde, ob er die Revolution mit Kleinbürgern machen wolle —, überwucherte das revolutionäre Element in der postrevolutionären Gesellschaft. Stalin war zu jener Zeit, als er den „neuen Menschen“ zu formen unternahm, bereits der Prototyp des Berufsfunktionärs, der unter dem Begriff des „Apparatschik“ in die Weltgeschichte eingehen sollte.

Revolutionäre Erziehung — aber konservative Haltung gewünscht

Damit sind wir beim Grundwiderspruch in der Erziehung des „neuen Menschen“. In der nachrevolutionären Gesellschaft werden Revolutionäre nicht mehr gebraucht. Gleichwohl wird die Jugend der kommunistischen Länder im revolutionären Sinne erzogen — beinahe so, als stünde die Revolution noch bevor. Denn die geistige Grundlage des Kommunismus ist nun einmal eine revolutionäre Theorie. Nur, wollte man versuchen, sie innerhalb des kommunistischen Herrschaftsbereichs anzuwenden, so müßten die Kommunisten selber die kommunistische Herrschaft vernichten.

Lediglich nach der westlichen und neutralen Welt hin darf der junge Kommunist ein Revolutionär sein. Im eigenen Lande soll er den Konformisten spielen, der dem Ideal des Kleinbürgers nachjagt, nirgendwo aufzufallen und sich stets im Einklang mit dem Staat sowie der herrschenden Partei zu befinden. Ja, er soll oder müßte sogar noch weiter als dieser Spießbürger ohne Zivilcourage gehen, indem er von vornherein jeden Beschluß der Partei und jede Verordnung des Staates gutheißt und Zweifel unterdrückt, sei es bei sich oder anderen. Allein in der nichtkommunisti-

schen Welt stünde oder steht ihm die Möglichkeit offen, die revolutionäre Theorie in revolutionäre Praxis umzusetzen. Dies ist das Dilemma des Jungkommunismus und Avantgardismus der kommunistischen Länder.

Die Konsequenzen sind auch für die Demokratie nicht immer erfreulich. Wenn sich nämlich die revolutionäre Energie der jungen Kommunisten nur den westlichen und neutralen Ländern gegenüber entladen kann, so werden damit die Potenzen der Weltrevolution als einer spezifischen Form imperialistischer Expansion gespeist, innermenschliche Aggressivitäten gespeichert und militante Abenteuer verlockend gemacht. Wir haben es mit einem Vulkan zu tun, der jederzeit und immer wieder ausbrechen könnte, um seine Lava über den Eisernen Vorhang und bis in ferne Kontinente zu verströmen.

Sind solche Ausbrüche über die kommunistischen Grenzen weder möglich noch erlaubt, so kann es zur Suche nach Anlässen oder Auslösern für Surrogat-Revolutionen kommen. Diese Rolle spielt, so will es uns scheinen, für viele mitteldeutsche Kommunisten, insbesondere aus der jüngeren Generation, die Mauer quer durch Berlin — bis zu einem gewissen Grade aber auch der Todesstreifen an der Zonengrenze. Der Fanatismus und die Schießwut so mancher Volksarmisten wären schwer zu verstehen, wüßte man nicht einzuschätzen, daß sie das revolutionäre Feuer in sich spüren. Hier liegt mehr als ein Schießbefehl vor. Wahrscheinlich entläßt sich im Haß dieser Volksarmisten auch ihr Unbehagen am Ulbricht-Regime, das sie im eigenen Machtgebiet zu Duckmäusern und Ja-Sagern macht; nur an Mauer und Zonengrenze gewährt es ihnen Spielraum für den revolutionären Instinkt. Ihre Kugeln gehen nach vorn los, obwohl sie vielfach auch nach hinten — nämlich in beide Richtungen — gezielt zu sein scheinen.

In diesem Sinne könnte es nützlich sein, gewisse Vorkommnisse an Mauer und Zonengrenze zu überdenken, um Folgerungen für unser Verhalten den kommunistischen Grenzwächtern gegenüber zu ziehen, die vielleicht anders als bisher angesprochen werden müßten, wenn das Blutvergießen eingeschränkt oder gar beendet werden soll.

Die kommunistische Erziehung — vor allem zur Formung eines „neuen Menschen“ — krankt an schizophrener Gebrochenheit, die auch bei den so Erzogenen leicht in eine Bewußtseinspaltung mündet. Man kann nicht Revolutionär und Konservativer zugleich sein. Trotzdem werden die jungen Leute in den kommunistischen Ländern nach dem Westen gerichtet zu Revolutionären, nach innen — im

Verhältnis zum eigenen System — aber zu Konservativen erzogen. Auf die Dauer gesehen verträgt es sich indessen nicht miteinander, wenn von jungen Menschen gefordert wird, daß sie alle politischen Maßnahmen der eigenen Machthaber begeistert begrüßen, die Politik der demokratischen Länder aber ebenso bedingungslos verwerfen sollen. Denn die marxistisch-leninistische Doktrin enthält einen kritischen Aspekt. Die Schulung in kommunistischer Theorie ist bis zu einem bestimmten Grade mit der Erziehung zu kritischem Denken verbunden.

Um in ideologischer Hinsicht zu einem Vollkommunisten zu werden, muß man zunächst einmal die Fähigkeit erwerben, mit allen Geistesströmungen der Vergangenheit — denen man bewußt oder unbewußt verhaftet war — zu brechen, was keineswegs leicht oder ein einmaliger Akt, sondern ein langwieriger Prozeß ist.

Außerdem lehrt die Dialektik als Erkenntnis-methode, daß sich alles in stetiger Veränderung befinde, daß es keine ewigen Institutionen und Grundsätze gebe und daß die Grundlage der geschichtlichen Entwicklung der Kampf von Widersprüchen sei, die in allen Dingen, Erscheinungen und Gesellschaftsordnungen enthalten seien. Also, so kann der Zögling der kommunistischen Partei-schule folgern, wird auch das kommunistische System nur dann seiner Aufgabe gerecht, wenn es sich ständig weiterentwickelt, statt nur die Macht zu verwalten. Da es keine ewigen Institutionen und Grundsätze gibt, dürfen auch die Kommunistische Partei und der Marxismus-Leninismus nicht ewig bestehen, ganz abgesehen davon, daß es eigentlich undialektisch ist, wenn sie den Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben. Wenn schließlich alles von Widersprüchen gekennzeichnet ist, wo sind dann die Widersprüche innerhalb des kommunistischen Systems und welche neue, nachkommunistische Gesellschaftsordnung wird sich aus dem Kampf ihrer inneren Widersprüche ergeben? Gebiert die kommunistische Ordnung etwa gleich den ihr vorausgegangenen Sozialsystemen ebenfalls ihre Totengräber selbst? Wer könnten diese sein?

Solche Folgerungen sind weniger spekulativ, als es scheinen könnte. Handelt es sich doch um dieselben, welche der Verfasser und andere junge Kommunisten während ihres dreimonatigen Studiums auf einer SED-Partei-schule zogen und die zu einem Ansatz ihres späteren Abfalls vom Kommunismus wurden.

Nicht nur das kommunistische System, sondern auch die kommunistische Ideologie — soweit man das eine vom anderen trennen

kann — treibt über sich hinaus. Sowohl das System als auch seine Ideologie enthalten ihre eigene Negation.

Es kommt jedoch noch eine Folgerung hinzu. Lenin sagte, daß es „ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung“ gäbe. Dieser Satz ist — da revolutionäre Theorie und revolutionäre Bewegung in Wechselwirkung stehen — auch in der Umkehrung richtig: ohne revolutionäre Bewegung stirbt auch die revolutionäre Theorie. Da der Kommunismus überall da, wo er den Staat erobert hat, unverzüglich aus einer revolutionären zu einer konservativen Bewegung wird, die hauptsächlich nur noch darauf bedacht ist, die Macht zu behaupten, auszudehnen und absolut zu machen, muß früher oder später auch die revolutionäre Theorie in konservative Erstarrung verfallen. Das ist ein Prozeß, der durch Ereignisse wie Stalins Tod und den Konflikt Moskau—Peking unterbrochen, aber kaum aufgehalten oder gar rückgängig gemacht werden kann — wenngleich er vor allem in der Sowjetunion sehr viel weiter als etwa in China vorangeschritten ist, schon wegen der sehr unterschiedlichen Dauer des kommunistischen Systems. Der die Macht ausübende Kommunismus befindet sich in allen Ostblockländern in diesem Prozeß, so daß nicht nur die Faszination der Berufsrevolutionäre, sondern auch die der Ideologie zu erlahmen beginnt. Auch dieser Umstand muß die Formung eines „neuen Menschen“ erschweren. Die kommunistischen Führer fassen ihn anscheinend schon ins Auge. Darauf deutet die Schaffung der kommunistischen Moralkodexe hin. Die Verankerung der Ideologie in den Köpfen, soweit sie überhaupt erreicht werden konnte, wird als unzureichend angesehen. Nun wird der Anker in die Seelen gesenkt. Das könnte allerdings nicht nur eine Umwandlung, sondern sogar die Ablösung der Ideologie bewirken. Moral statt Ideologie? In welcher Moral werden denn die Kommunisten erzogen, die Mitglieder der Kommunistischen Parteien in allen Ländern der Welt?

Typusbildung am eigenen Fall

Bevor ich im April 1947 Kommunist wurde, galt ich als Individualist. Schon zwei Jahre später hatte ich einige kollektivistische Züge angenommen: einen bestimmten Jargon — das „Parteichinesisch“; eine spezielle, in kommunistischen Kreisen übliche Art, rhythmisch Beifall zu klatschen; eine vorgezeichnete Form, meine Referate aufzubauen und sie mit Hochrufen abzuschließen, die den jeweiligen Losungen der Partei entsprachen.

Aber das war noch nicht alles. Auch eine neue Weise der Lebensführung bahnte sich an, die das Private in den Hintergrund treten und statt dessen die Partei in das Zentrum meines Daseins rücken ließ. Beispielsweise verlebte ich kaum noch ein Wochenende zu Hause, sondern in der Regel auf irgendeiner Konferenz, die keine Möglichkeit zum Ausgehen bot. Oder ich war beauftragt worden, in irgendeinen Ort zu fahren und dort über dieses oder jenes zu sprechen. Es wäre mir niemals eingefallen, einen solchen Auftrag nicht auszuführen. Der Wille der Partei verschmolz mit meinem eigenen Willen. Ihre Ziele wurden die meinen. Aber auch ihre Befürchtungen steckten mich an. Ich begann nicht mehr für mich, sondern für die Partei zu leben.

Eines von vielen Zeichen hierfür war, daß ich mich nicht oder immer weniger für das Gehalt interessierte, das mir die Partei als einem ihrer hauptamtlichen Funktionäre zu zahlen beliebte. Sie zahlte sehr schlecht. Selbst jenes Geld, das uns bewilligt worden war, erhielten wir meist nur zum Teil. Überdies wurde auch jener Teil nur brockenweise ausgezahlt — jeweils gerade so viel, daß man davon noch leben konnte. Wenn es mir gelegentlich besonders schlecht ging, bat ich um 20, 30 oder 50 Mark, und irgendwie trieb sie der Kassierer dann in der Regel auch auf. Erst Anfang 1949 setzte eine regelmäßige Gehaltszahlung ein. Aber die Höhe des Gehalts galt noch immer als ein Tabu. Wer sich als Funktionär für Geld interessierte, disqualifizierte sich selbst. Ich war von einer Erziehung zur Selbstlosigkeit, die in Selbstverleugnung überging, ergriffen, die ich für positiv hielt, bis mir aufging, daß sie die Verödung des Privaten im Menschen und speziell im Funktionär erstrebte.

Als geeignetstes Mittel zur Annäherung an dieses Ziel erwies sich die Ideologie, die mich aus allem riß, worin bis dahin meine Wurzeln steckten: aus der Nation, aus der Familie und aus dem Freundeskreis. Ich verlor das Nationalgefühl, das Familienbewußtsein und alle Freunde, da ich mich mit ihnen dem Kommunismus zuliebe zerstritt. So wurde ich einerseits einsam, andererseits aber vom Kollektiv der Partei aufgesogen, der ich nun noch aktiver als bisher diente, weil mir außer ihr nichts mehr geblieben war. Gerade einen solchen Menschen konnte die Partei gebrauchen. Es gab für mich nicht Parteien, sondern nur noch „die Partei“. Der Teil erhob sich in meinem Bewußtsein zum Ganzen, um den politischen Raum restlos zu füllen.

Bevor ich Kommunist wurde, hatte ich eine Periode des heftigen Antikommunismus durchschritten, in der ich sogar zu Tätlich-

keiten gegenüber Kommunisten fähig gewesen wäre. Als Begründung dafür, daß ich niemals Kommunist werden könnte, sagte ich einmal zu einem Jungsozialisten:

„Kommunist sein bedeutet, gegen jedermann mißtrauisch zu sein und jeden Andersdenkenden als seinen Feind zu betrachten. Auf solche Weise könnte ich nicht leben. Ein solches Leben wäre kalt und leer.“

So nahm ich intuitiv die Wahrheit über den Kommunismus voraus, ohne daß mich ihre Ahnung daran hindern konnte, wenig später in die Kommunistische Partei einzutreten. Ich wurde nicht nur ein einfaches Mitglied, sondern einer ihrer Fanatiker, der es sich zum Ruhm angerechnet hätte, die Funktion eines Politischen Kommissars auszuüben. In meinem Zimmer hingen ausgeschnittene Bilder von Derschinski, dem ersten Chef der Tscheka, sowie von Berija, dem Bluthund Stalins. Dem „Schwert der Revolution“, wie man die Tscheka und spätere GPU in Parteikreisen nannte, anzugehören, erschien mir damals als eine Ehre. Als sich ein anderer Funktionär während einer privaten Silvesterfeier kritisch über die Sowjetunion äußerte, sagte ich, nur leicht angetrunken, daß man ihn „an die Wand stellen“ müßte.

Mein heftiger Antikommunismus war in ebenso radikalen Kommunismus umgeschlagen. In gewissem Sinne war er sogar eine Vorstufe zu ihm. (Der totalitäre Kommunismus und der totalitäre Antikommunismus berühren sich an ihren Polen.) Der Antikommunismus lag nun hinter mir, weshalb er mich nur noch empörte. Jetzt konnte ich zuweilen das Verlangen in mir spüren, gegen Antikommunisten tätlich zu werden. So kehrte sich mein Leben um. Ich war wie verzaubert. Die Ideologie kehrte mich um.

Sie lehrte mich auch auf eine neue Art „denken“: im Schablonenstil. Der Dialektische Materialismus als die kommunistische Philosophie mutet wie ein kompletter Handwerkskasten an: er stellt eine Anzahl „Denk“-Werkzeuge zur Verfügung, mit denen sich scheinbar alle Probleme der Welt lösen lassen. Die ideologischen Dogmen gleichen unterirdischen Gängen, welche in die Goldkammern der Welträtsel führen, aber nur Eingeweihten zugänglich sind. Wie hätte ich nicht stolz sein sollen, zu diesen Auserwählten der Menschheit zu gehören? Daß ich zu ihnen zählte, verdankte ich wiederum der Partei, die sich herabgelassen hatte, mich in ihre Reihen aufzunehmen und die wiederum Glied eines großen Weltbundes — eines Bruderbundes der „Gerechten“ — war. Wie hätte ich nicht stolz sein sollen, Mitglied der Partei

und Kommunist zu sein? Meine Verblendung überschlug sich fast. Und meine Gedanken krochen nur noch durch die Gänge der Doktrin, die in Wahrheit nicht mehr als Verzweigungen eines Termitenbaus waren — mit der Termitenkönigin als dem Kopf der Partei.

Einmal zeigte mir ein Funktionär, der mir persönlich nahestand, eine von ihm selbst verfaßte Schrift, die eine Synthese von Marx und Nietzsche enthielt und sich bemühte, den Marxismus-Leninismus weiterzudenken. Aber ich las nur die ersten Zeilen des handgeschriebenen Buches, sah auf und sagte hart: „Das widerspricht dem Marxismus-Leninismus!“ Wortlos, aber mit einer ärgerlichen Bewegung entzog mir mein Gegenüber — einer der wenigen Parteifunktionäre, die selbständig zu denken versuchten — sein Manuskript. Ich hatte mich seines Vertrauens unwürdig erwiesen und das gute zwischenmenschliche Verhältnis zerstört. Noch heute spüre ich einen Schmerz über dieses Versagen, das nicht mehr gutzumachen war.

Ich habe der Kommunistischen Partei etwa drei Jahre angehört, als mir ein Mädchen, das mich mochte, sagte, daß ich wie ein Kommunist aussähe. Überrascht blickte ich auf. „Wieso?“ „Na, ein gewisser Zug zur Brutalität ...“. Ich erschrak. In diesem Augenblick hätte ich mich am liebsten in mir selber verkrochen. Dieses Mädchen riß eine Masche in dem Schleier vor meinen Augen entzwei.

Der Parteieintritt war nur ein erster Schritt gewesen. Eine Tür hatte sich geöffnet und lautlos hinter mir geschlossen. Dann war ich in den Sog der Ideologie geraten, die mich aus der Erde riß und umzumodeln begann — wobei sie die Weichheit aus meinen Bewegungen schnitt und meinem Gesicht einen harten Zug verlieh, der Bekannten fremd erschien und allmählich meine Gesamtperson erfaßte. Meine Individual-Merkmale verwischten sich oder schrumpften zusammen, während die kollektivistische Seite meines Wesens aus ihrer Verpuppung brach, wuchs und expandierte. Ich nahm mit anderen Worten die typischen Züge eines Parteifunktionärs an, wobei sich diese Wandlung wie in einem Halbschlaf vollzog. Ich wurde sowohl mobil als auch disponibel, beweglich wie verfügbar zugleich. Gerade dies sind die Grundforderungen an einen typischen Parteifunktionär. Er soll außerhalb der Partei so wenig Bindungen wie nur irgend möglich haben und der Partei jederzeit ohne Rücksicht auf Privatinteressen zur Verfügung stehen. Weitere Merkmale des kommunistischen Funktionärstypus sind die Abstumpfung des kritischen Denkvermögens sowie Elemente einer absoluten, bedingungs-

losen Disziplin, wobei der allmähliche Verlust der Kritikfähigkeit als „Überzeugungstreue“ und die Herausbildung der blinden Disziplin als Beweis der „Ergebenheit“ für die Partei, die Arbeiterklasse und die Sache des Kommunismus gewertet wie glorifiziert werden. Das gefährlichste und schlimmste Merkmal des kommunistischen Typus ist jedoch die keimende und wachsende Bereitschaft, im Interesse der Partei selbst Verbrechen zu begehen, also amoralische Mittel anzuwenden, um den Kommunismus zu fördern.

Während der Hitlerzeit las ich einmal einen großen Bericht über Stalins Beteiligung an Bankräubereien. Er hinterließ in mir den zweifellos gezielten Eindruck, daß der Kommunismus eine Partei von Verbrechern sei. Später, in der Nachkriegszeit, als ich mich der Kommunistischen Partei zu nähern begann, hielt ich jenen Bericht, der sich meinem Gedächtnis eingepägt hatte, für ein boshaftes Märchen. Ich konnte nun nicht mehr an ihn glauben. Aber ich befand mich noch keine zwei Jahre in der Partei, als ich nicht nur wußte, daß der besagte Bericht mit Ausnahme einiger Details auf Wahrheit beruhte, sondern nun schon selber bereit gewesen wäre, mich im Auftrag der Partei an „Expropriationen“ zu beteiligen, wie Lenin diese Art der Geldbeschaffung zur Finanzierung der Parteiarbeit nannte. Denn wir hatten ja gelernt, daß der kapitalistische Staat und seine Bankfilialen Instrumente der Ausbeutung seien, weshalb es uns wie ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit erschien, wenn ihr Geld „beschlagnahmt“ und jener Partei zur Verfügung gestellt würde, welche die Interessen der Ausgebeuteten vertrat.

Damit hatten sich alle Hauptmerkmale des kommunistischen Parteifunktionärstypus auf mich übertragen. War ich nicht tatsächlich zu einem „neuen Menschen“ geworden?

Die Rückwendung und der Exkommunismus

Der Exkommunismus beginnt gewöhnlich schon innerhalb der Kommunistischen Partei. Umgekehrt kann sich auch der Exkommunist normalerweise für einige Zeit nicht völlig vom Kommunismus frei machen.

Der Exkommunismus beginnt mit dem Zweifel, schreitet fort zur Opposition gegen die jeweilige „Linie“ der Partei und mündet in den Bruch mit ihr sowie mit dem Kommunismus schlechthin.

Das ist sehr schnell gesagt, aber sehr viel langsamer und nur schrittweise getan.

Denn schon der Eintritt in die Kommunistische Partei setzt einen Bruch voraus — den

Bruch mit der übrigen Welt. Für den Kommunisten wird die Welt mit der Partei identisch: sie schmilzt im engeren Sinne auf ihren Rahmen und im weiteren Sinne auf den Radius ihrer Aktionen zusammen. Wer nicht aus zufälligen, sondern aus grundsätzlichen Motiven Kommunist geworden ist, läßt im gleichen Augenblick, da er die Kommunistische Partei wie einen festlichen Saal betritt, die gesamte restliche Welt hinter sich zurück, um erst im Verlauf der Parteiaktionen wieder in sie vorzustößen — mit dem Zweck, sie im Sinne des Kommunismus zu verändern.

Wer also mit der Kommunistischen Partei brechen will, muß sich der Welt vor ihren Toren wieder nähern und den Bruch mit ihr rückläufig zu machen versuchen. In einem kommunistischen Staat ist das natürlich unvergleichlich schwieriger als in einem freien Land. Innerhalb der kommunistischen Staaten dürfte es zahllose faktische Exkommunisten geben, die nur noch formal Mitglied der Partei sind.

Der Eintritt in die Kommunistische Partei bedeutet aber in gewissem Sinne auch den Bruch mit sich selbst, die Zurückdrängung und Vergewaltigung der persönlichen Interessen zugunsten der kommunistischen Kollektivbelange und schließlich sogar als Verzicht auf Individualität. Der kommunistische Funktionär ist einer Selbstentfremdung ausgesetzt, wie sie Karl Marx nicht einmal ahnen konnte, obwohl sein Grundgedanke in der Aufhebung aller Formen der Selbstentfremdung bestand.

Dies — das Zurück zur Welt außerhalb der Kommunistischen Partei und das Zurück zu sich selbst — sind die beiden Hauptprobleme eines Menschen, der sich vom Kommunismus zu lösen beginnt. Plötzlich spürt er die Fesseln der kommunistischen Organisation und die Fesseln der kommunistischen Ideologie.

Bezüglich der Welt wird sich die Größenordnung verschieben. Die Kommunistische Partei schmilzt aus der „eigentlichen“ Welt wieder in eine Parzelle zusammen, die bei näherer Betrachtung wie ein Zuchthaus aussieht. Was dem Kommunisten aber als „Restwelt“ erschien, die es zu unterwerfen gelte, wächst zu monumentaler Größe, zur Welt des Eigentlichen und Allumfassenden empor, in der sich die Partei wie ein dunkler Punkt ausnimmt. Die Partei selber hört auf, „die“ eine zu sein. Sie wird in demokratischen Ländern zu einer von vielen oder mehreren, was sie im Bewußtsein des werdenden Exkommunisten ebenfalls zusammenschrumpfen läßt.

Bezüglich der eigenen Person und ihres Verhältnisses zur Partei wird sich die Werte-

skala verändern. Die Kollektivinteressen der Partei werden nicht mehr als die einzig legitimen erscheinen. Das Private kann sich wie aus einer Trance erheben, um nach Stillung der bisher unterdrückten Bedürfnisse zu verlangen. Damit beginnt die Wiedergeburt der Individualität, welche den über ihr liegenden Schutt beiseite stößt, was wiederum mit der Lösung vom kommunistischen Typus zusammenhängt.

Kein Zweifel, der Kommunismus prägt den Menschen, die ihm anhängen, gewisse gemeinsame Merkmale auf. Seine Formkraft wird mit Hilfe der Ideologie ausgeübt, die sich als eine Schablone über das Gehirn des Menschen stülpt, und mit Hilfe der Parteiorganisation, die die natürliche Bewegungsfähigkeit des Menschen durch Prothesen ersetzt. Wer daher mit dem Kommunismus brechen will, muß sowohl die ideologische Schablone als auch die organisatorischen Prothesen beiseite werfen. Er muß wieder kritisch denken und selbständig gehen lernen. Wenn er diese beiden Fähigkeiten neu erwirbt, besitzt er die Mittel zur Zerstörung auch der anderen Merkmale des kommunistischen Typus.

Je weiter sich der Betreffende innerlich und nach dem organisatorischen Bruch mit der Partei auch äußerlich vom Kommunismus entfernt, um so schneller trägt er Schicht um Schicht des kollektiven Typus ab, der seine Individualität verschüttete. Der Exkommunist bedeutet die schrittweise Sprengung des kommunistischen Typus. Hinter dem Allgemeinen tritt wieder das Besondere, aus dem Halbdunkel des Anonymen tritt von neuem das Persönliche hervor. Im Unterschied zum kommunistischen Funktionär — der weniger Person als ein Typus ist, solange er sich innerhalb der Kommunistischen Partei bewegt — gehört der Exkommunist im allgemeinen keinem psychologischen Typus mehr an, der von einer spezifischen Politik und Weltanschauung genormt worden wäre.

Schlußfolgerungen

Der Verfasser möchte aus dem Gesagten, obwohl er sich der Relativität seiner Aussagen voll bewußt ist, drei Schlußfolgerungen ziehen:

1. Die Herausbildung des kommunistischen Typus kann sich nur innerhalb der Partei vollziehen, die versucht, den Menschen radikal zu verändern.
2. Die sich herausbildenden Merkmale des kommunistischen Typus verändern im wesentlichen — da sie sich über den Menschen legen statt in ihn einzusinken — nur die Oberfläche oder Randzone des Men-

schen, ohne imstande zu sein, in die menschliche Struktur einzudringen; sie können zwar menschliche Individuen aus der natürlichen Bahn ihres Lebens werfen, aber nicht die menschliche Substanz ummodellieren: weder die der Person noch die des Gattungswesens.

3. Der Prozeß der Typusbildung ist umkehrbar und hängt weitgehend von der Gewinnung einer Distanz zum Kommunismus ab.

Diese drei Schlußfolgerungen sind miteinander verbunden. Ihr allgemeiner Aussagewert wird jedoch dadurch beschränkt, daß der Verfasser hauptsächlich seine persönlichen Erfah-

rungen dargestellt hat und auch als Kommunist in einem nichtkommunistischen Lande — der Bundesrepublik — lebte, in einer Umwelt also, die seine Lösung vom Kommunismus erleichtern mußte und die Einflußmöglichkeiten der Kommunistischen Partei selbst ihren Mitgliedern gegenüber begrenzt.

Andererseits muß alles Objektive durch das Sieb des Subjektiven hindurch, wenn es sich zur Wahrheit destillieren soll. Außerdem dürften die Erfahrungen und Folgerungen des Verfassers durch den Lebensweg und die jetzige Tätigkeit zahlloser Exkommunisten — wenn auch nicht aller von ihnen — erhärtet werden können.